

Der Kämpfer für

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungsbüchern und in allen Städten erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich bei Hause 2 RM. (halbjährlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne
Befreiungspauschale) / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition:
Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17250 / Postleitzettel: Dresden Nr. 17690. Dresdner Verlagsgeellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Redaktion: Am Dresden Nr. 17250 / Druckanricht: Arbeiter-
kunst Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Bezugspreis: Die neurom gezeichnete Monopartizipate oder deren Raum 0,30 RM., für Familien-
angehörige 0,20 RM. für die Partizipate anschließend an den dreifachen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM.
Anzeigen-Zahlung montags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhof-
straße 2 / Die "Arbeitsstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Betrieb besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dresden, Freitag, den 30. Dezember 1927

Nummer 303

1928
ein Jahr schwerster Kämpfe

Von L. Expert

1927 war für das Proletariat ein Jahr schwerster Kämpfe im fernen Osten, ein Jahr der Sammlung zu neuen Kämpfen in den kapitalistischen Ländern Europas, ein Jahr der gewaltigen Fortsetzung des sozialistischen Aufbauwertes in der Sowjetunion. Die imperialistischen Gegenläufe erfuhrten eine weitere Steigerung der Aufmarsch der imperialistischen Mächte unter Führung Großbritanniens gegen den ersten Arbeitstaat wurde fortgesetzt, die Kriegsgefahr ist weiter gewachsen.

In China fließt das Blut der revolutionären Arbeiter und Bauern. Die chinesische Bourgeoisie hat das Bündnis der verschiedenen Klassen gegen den ausländischen Imperialismus zerstört und tritt heute der Arbeiterklasse und den Bauern mit sozialistischen Wörtern gegenüber. Aber die in den revolutionären Kämpfen gewonnenen Erfahrungen unserer Klasse, die unermöglichkeit der Hunderter Millionen von Bauern geben uns die Gewissheit, daß es dem Imperialismus nicht gelingen wird, seine "Ordnung" zu stabilisieren, sondern daß die Arbeiter und Bauern Chinas in Jahrtausenden revolutionären Kämpfen die Macht in ihre Hände nehmen werden. Die Kämpfe in China beweisen den europäischen Proletariat erneut, welcher Weltstabilität die Bourgeoisie im Kampf gegen die Revolution fähig ist. Die Arbeiterklasse muß hieraus die für ihren Kampf notwendigen Schlussfolgerungen ziehen.

Denn auch im kapitalistischen Europa müssen sich die Zelchen neuer gewaltiger Klassenkämpfe, die in einer Reihe von Ländern, insbesondere aber in Deutschland, sich zu revolutionären Kämpfen entwickeln müssen. Die deutsche Bourgeoisie hat ihre in den vorhergehenden Jahren durchgeführte Befreiung weiter ausgedaut. Wirtschaftskrisis ist sie durch Monopolisierung und Rationalisierung, durch Ausweitung der Hochkonjunktur, durch eigene Kapitalakkumulation und ausländische Anleihen erbracht.

Außenpolitisch findet diese Erstärkung des Finanz- und Trustkapitals seinen Ausdruck in dem Aufstieg eines neuen deutschen Imperialismus, der nicht nur die Gegenläufe unter den anderen imperialistischen Mächten planmäßig ausnutzt, sondern auch hofft, in dem zukünftigen Kriege an der Seite der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion seine alte Bewegungsfreiheit wieder zu gewinnen.

Innenpolitisch aber zeigt das Jahr 1927 eine große Verstärkung des Gewichtes der Trustbourgeoisie, die Zurückdrängung des politischen Einflusses der Kleinbürgerschaftlichen Parteien und ihre immer stärkere Unterordnung — einschließlich der SPD — unter die vom Trustkapital geführte Politik.

Mit dem bisherigen beginnt sich die Bourgeoisie nicht. Das in den letzten Tagen veröffentlichte "Notprogramm" der Unternehmerorganisationen beweist vielmehr, daß die wirtschaftliche Ausdeutung, die Steuerbelastung der Massen und der Abbau der unteren und mittleren Beamten gesteigert werden sollen. Der Staatsapparat soll noch mehr zentralisiert, das heißt für die Unterdrückung der werktäglichen Massen vorbereitet werden. Dem Parlament sollen noch die bestehenden Rechte über Bestimmung der Haushalte genommen, den Kommunen sollen die Rechte der Selbstverwaltung entzogen, die diktatorischen Vollmachten des Reichspräsidenten aber sollen verstärkt werden.

Dieses politische Programm, an dessen Verwirklichung die Bourgeoisie 1928 entschlossen herangeht, wird wirksam erzeugt durch die Aufrechterhaltung der schlimmsten Sklavereibedingungen in der Industrie und Landwirtschaft. Jede Lohnforderung, jede Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit wurde mit Auspeppung, Stilllegungsdrohung und Zwangsschiedsgericht beantwortet.

Für die Durchsetzung ihrer Pläne hat die Trustbourgeoisie in Lagen der Arbeiterklasse einen starken Verbündeten: die Sozialdemokratische Partei. Sie hat die Lösung des Trustkapitals: "Zentralisierung der Staatsgewalt", auf ihre Fahne geschrieben. Sie propagiert nach der Niederschlagung des Kampfes der deutschen Arbeiter um eine einheitliche Römerpublik den kapitalistischen Einheitsstaat. Die Sozialdemokratische Partei tritt heute für den Raub des Selbstverwaltungsrates der Kommunen ein. So verlangte Dr. Hilberding in seiner Kielser Rede die "Kontrolle" der Selbstverwaltung der Kommunen durch das Reich der Trustmagnaten. Es sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die jeden gescheiterten Kampf der Arbeiter — und bisher meistens mit Erfolg — erdrosten, wie die bedingungslose Fügung unter die Verbindlichkeitserklärung des schwachen Schiedsgerichts für die Schwerindustrie erneut beweist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bourgeoisie befindet sich noch in der Offensive, die Arbeiterklasse erst im Prozeß der Sammlung ihrer Kräfte. Das Jahr 1927 brachte eine Fortsetzung des großen Prozesses der langsamem Linksverschiebung der deutschen Arbeiterklasse, die einerseits eine Erholung von den Niederlagen der letzten Jahre, aber gleichzeitig einen Vorboten und eine unerlässliche Voraussetzung eines neuen revolutionären Aufmarsches ist. Ihren Ausdruck fand diese Linksverschiebung im letzten Jahre vor allem in einer langen Reihe wirtschaftlicher Kämpfe, die aber alle noch eine große Zerstörung, eine ungenügende Komplettierung und infolgedessen auch absolut mangelhafte Erfolge aufwiesen. Die teilweise günstige Konjunktur wurde von der Arbeiterklasse infolge der vereiterlichen Politik der Gewerkschaftsleitungen ungenügend ausgenutzt. Rentenwerte, Arbeitszeitverkürzungen sind nicht erreicht worden. Die geringen Lohnsteigerungen sind durch die steigende Leistung, Mietpreiserhöhung und vermehrte Steuerlasten mehr als weit gemacht. Es muß unsere Aufgabe sein, im Jahre 1928 diesen Zustand zu ändern.

Einen weiteren, ebenfalls ungenügenden Ausdruck fand die Linksverschiebung der Arbeiter im letzten Jahre bei den einzelnen Ländern und Städten durchgeführten Wahlen. Sie zeigten, daß der Einfluß der KPD wieder steht, und daß unsere Partei — abgesehen von einigen ländlichen Gebieten — sich er-

Bürgerblock und Neuwahlen

Die SPD für die Durchführung der reaktionären Gesetze / Noske Kandidat der SPD / Die Angst der Reaktionäre

In der bürgerlichen Presse wird jetzt eine starke Diskussion über die eventuelle frühzeitige Auflösung des Reichstags geführt. Die in der bürgerlichen Presse auftretenden Forderungen nach den Neuwahlen werden aus der Angst vor dem Rückzug noch links diffiniert. Diese selbst führt veranlaßt aber das Zentrum und auch die Deutschnationalen, eine unabdingbare Durchführung einer Anzahl reaktionären Gesetze vor der Auflösung des Reichstags zu fordern. Das Berliner Tageblatt schreibt, daß die Hinauszögern der Neuwahlen den Oppositionsparteien nur von Nutzen sein könnte. In dem gleichen Sinne wie die demokratische Opposition äußert sich Stiegemanns Tägliche Rundschau. Sie schreibt, der Außenminister habe im Auswärtigen Amt seine Meinung ausgesprochen und dort zum Ausdruck gebracht, daß die Opposition aus der Länge ihrer Oppositiomstilung den größten Vorteil ziehe. Stiegemann fordert einen früheren Wahltermin. Er verlangt frühere Wahlen deswegen, weil er die Stärkung der Opposition durch das verzögern der Wahl befürchtet.

Das Zentrum und die Deutschnationalen befürchten aber, daß nach eventuellen Neuwahlen die reaktionären Bürgerblockgefechte nicht mehr verschoben werden. Das Zentralorgan dieser Partei, die Germania, erklärt sich gegen die Frühwahlen, sie schreibt, daß unbedingt das neue Strafgesetz, das Aliquotationshündengesetz und vor allem das Reichsschulgesetz noch verabschiedet werden müßt. Die Germania erklärt:

"Es wäre eine falsche Annahme, zu glauben, daß das Zentrum bereit sein könnte, keine Zustimmung zu einer Auflösung des Reichstags zu geben, ohne daß der Reichschulgesetzentwurf erledigt ist. Wir glauben, daß die Koalitionsparteien über diese Auflösung im Zentrum hinreichend unterschrieben sind."

Der Berliner Lokalanzeiger schwingt sich zur Verteidigung der Weimarer Verfassung auf. Nach dieser habe der Reichstag eine 5jährige Legislaturperiode. Die Deutschnationalen müssen diese Verfassung in Schutz nehmen.

Die Sozialdemokratische Partei zeigt bei dieser Auseinandersetzung wieder einmal ihren zweipoligen, auf Arbeitbettug abgestellten Charakter. Die Dresdner Volkszeitung schreibt weiter: "Die Festlegung des Wahltermins richtet sich nicht nach der Wahlangst der deutschnationalen Katastrophenpolitiker, sondern nach den politischen Notwendigkeiten — und die sprechen dafür, daß der gegenwärtige Reichstag im Frühjahr oder im

neuen dem Stand ihres stärksten Einflusses unter den Massen nähert, diesen teilweise bereits überschritten hat. Aber es wäre verhängnisvoll, auf diese Entwicklung mit Selbstzufriedenheit zu bilden. Wir müssen im Gegenteil feststellen, daß die bisher erreichte Steigerung unseres Einflusses für die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben nicht ausreichend ist, daß des organisierten Arbeiters Wachstum der Partei mit der Steigerung des Einflusses nicht Schritt gehalten hat, und daß auch die Sozialdemokratische Partei — und in manchen Bezirken stärker als wir — ihren Einfluß steigern konnte. Bei der Erklärung dieser Tatsache können wir uns nicht mit der Feststellung begnügen, daß drei Arbeiterrichtungen noch vor den revolutionären Konsequenzen zurücktreten, noch Illusionen über die Möglichkeit einer Tendenzierung ihrer Lage durch die Methoden reformistischer Politik haben, noch in der Demagogie und dem Scheinkampf der SPD gegen den Bürgerblock eingefangen werden. Dies trifft alles zu.

Als eine revolutionäre Partei aber müssen wir uns vor allem die Ursachen für die nicht genügenden Erfolge bei unserer Arbeit selbst suchen. In der großen und mühsamen Arbeit, die unsere Partei im letzten Jahr geleistet hat, zeigte sich als einer der Hauptmangel der immer noch ungenügenden Erfolg in den Gewerkschaften und den Großbetrieben. Obgleich die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen stark gewachsen ist, obgleich der Höhepunkt der Konjunktur in einigen Industrien überschritten ist, die Auftragseingänge bereits nachlassen, steht eine allgemeine Krise der deutschen Wirtschaft in der nächsten Zeit nicht unmittelbar bevor. Gerade diese Zeit muß von unserer Partei ausgenutzt werden, um die Zellen in den Großbetrieben durch die Gewinnung neuer Arbeitnehmer zu verstärken. Neue Massen müssen den freien Gewerkschaften zugeführt und durch intensive Arbeit der Kommunisten für die revolutionäre Gewerkschaftspolitik gewonnen werden. Die bevorstehenden Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen geben uns Gelegenheit, vor den breitesten Massen die verhängnisvolle Politik der Gewerkschaftsleitungen aufzurollen und gleichzeitig für die Erziehung jener Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, die Träger der reformistischen Politik sind, durch revolutionäre Arbeiter zu kämpfen.

Ein zweiter Mangel unserer Parteiarbeit ist die ungenügende politische Ausnutzung der lokalen, bezirklichen und Landesvertretungen. Hier sind sowohl Unterlassungsfürden wie auch ein nicht genügend starkes Auftreten gegenüber der Sozialdemokratischen Partei zu überwinden. Besonders in unseren schwächeren Bezirken — gehen diese Wängel hand in Hand. Dort, wo unsere Partei starke Organisationen hat, wo die Kommunisten eine systematische und entschlossene Arbeit leisten, liegt unser Erfolg bei den Wahlen, wuchs und festigte sich die Parteianhänger. Dort, wie in Mecklenburg — wo unsere Organisation schwach ist, wo die orientierungslose Schwäche mit organisierten Reaktionen zusammenfällt — zeigt sich ein Stillstand, teilweise sogar ein Rückgang in der Parteientwicklung. Aus

Frühjahr sein Ende erreicht." Diese Noske scheint eine Auflösung des Parteidienstes für die Provinzpreise. Sie verfolgt den Zweck, die Arbeiter in dem Glauben zu belassen, die SPD verfolge noch immer das proklamierte Ziel der Auflösung des Reichstages mit denen die SPD die Arbeiter seit Monaten

Der Vorwärts, der in Berlin die Vorbereitungen und die Vereinigungserklärung für eine Koalitionsregierung mit dem Zentrum trifft, schlägt andere Töne an. Er lehnt die Forderung der Arbeiterschaft auf sofortige Auflösung des Reichstages ab.

Der Vorwärts schreibt:

"Recht geben kann man der Täglichen Rundschau darin, daß der Staat für 1928 noch verabschiedet werden muß. Der Reichstag wird sich die größte Mühe geben müssen (!), wieder einzuhören, was durch die Summe der Negierung verhängt worden ist. Wie dann aber noch Schulvorlage, Sitzeleben und weiß Gott was noch alles zwischendurch erledigt werden soll, bleibt ein Rätsel."

An einer anderen Stelle erläutert der Vorwärts:

"Spätestens in der Zeit zwischen den französischen Neuwahlen und dem 1. September, an dem der Dawesplan mit voller Wirklichkeit in Kraft tritt, müssen die innerpolitischen Fragen beendet sein. In diese Zeit mit einer Regierung hinzugehen, die zum Abbau reif ist, und an deren Fortbestand man nicht glaubt, wäre unverantwortlich."

Der Vorwärts will die innerpolitischen Fragen vor den Wahlen "bereinigen". Das heißt, er will dem Bürgerblock, wie das auch aus dem ersten Titat hervorgeht, noch alles geben, was es haben will: den Staat, das reaktionäre Schauspiel und das Justizhauptgesetz. Dann will die SPD mit mehr Mandaten und einigen Ministern die Durchführung des Daweszahlungen übernehmen.

Deswegen schreibt der Vorwärts, es gebe keine Partei, sondern nur staatliche Gründe für die Auflösung.

Die SPD will gar keine schnelle Auflösung, sie will die Unterstützung des Bürgerblocks, die Vorbereitung zu einer Koalition mit dem Bürgerklient. Jede andere Erklärung der Provinzpreise ist ein Beitrag an der Arbeiterschaft. Die Arbeiter müssen die Auflösung des Reichstages mit aller Macht erzwingen. Die Arbeiter haben kein Interesse an der Durchführung der reaktionären Gesetze.

Die Arbeiterschaft muß zum außerparlamentarischen Kampf gegen Schwerindustrie und Bürgerblock rüsten.

dieser Tatsache muß die gesamte Partei die notwendigen Lehren ziehen.

Der erfolgreiche Kampf gegen die Bourgeoisie ist nur dann möglich, wenn die entscheidenden Schichten des deutschen Proletariats dem Einfluß der Sozialdemokratie in raschstem Tempo wie bisher entrückt werden. Die großen Industriebezirke müssen zu Skepsis der Revolution werden. Auf dem Lande muß ein neuer Reichtum von Organisationen und Vertrauensmännern geschaffen werden. Systematisch müssen die Verbindungen mit den landwirtschaftlichen Arbeitern zwecks Herstellung einer gemeinsamen Kampffront ausgebaut werden. Die Partei darf ihre inneren Schwierigkeiten im Jahre 1927 — abgesehen vom Bezirk Psalt, Suhl und einigen unbedeutenden isolierten Blättern — im wesentlichen überwunden. Sie muß die volle Kraft ihrer Arbeit im kommenden Jahr den Massen zuwenden.

Die deutsche Arbeiterschaft sammelt sich im Kampf. Sie hat im Jahre 1927 keine offenen Niederlagen erlitten, aber es ist der Bourgeoisie gelungen, eine Reihe von Erfolgen zu erzielen und ihre Positionen zu festigen. Das Jahr 1927 hat keine Entscheidungen gebracht. Es war ein Jahr der Vorbereitung für die kommenden Entscheidungen. Wir können heute nicht sagen, daß das Jahr 1928 die entscheidenden Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat bringen wird. Aber in späterem Maße wie das Jahr 1927 wird 1928 große Klassenauseinander-

setzungen bringen. Im Frühjahr stehen erneut Millionen von Arbeitern in Bewegung für Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitszeit und den preußischen Kommunen, sowie für eine Reihe anderer Länder statt. Die Vorbereitungen für die Erfüllung des Dawesplanes stehen bevor. Die Frage der Verteilung der Kosten wird damit erneut zu einer Frage des Kampfes, die wie von den Tribünen der Parlamente in die Massen tragen müssen. Die Bourgeoisie bereitet neue Vorläufe gegen die Arbeiterschaft vor. Sie antwortet auf die Linksverschiebung der Massen mit der Verstärkung ihres Machtpapparates und ihrer weigardistischen Organisationen. Sie bereitet sich zu entscheidenden Schlägen gegen die Arbeiterschaft vor und verucht gleichzeitig, deren Kräfte durch die Koalitionspolitik mit der Sozialdemokratie und durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Gewerkschaftsführern zu lämmen. Klärer denn je seit langer Zeit wird das Jahr 1928 die Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie, Proletariat, Die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe des deutschen Proletariats, die Wahlkämpfe des Jahres 1928, den Kampf gegen die neuen Vorläufe der Bourgeoisie und gegen die Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei gilt es zu sammenzufassen, um den einheitlichen und geschlossenen Kampf der deutschen Arbeiterschaft, der werktäglichen Bauern und aller Schichten des arbeitenden Volkes zu einem gewaltigen Republik zu gestalten.

Rein Achtstundentag für sächsische Hüttenarbeiter

Unter dem Vorsitz des bekannten Landeschäfchters Willems haft hat gestern abend die Schlichterammer nach zwölftägiger Verhandlung für die sächsische Hüttenindustrie folgenden Schiedspruch gefüllt:

1. Thomasstahlwerke. Es wird das Dreischichtenystem von je acht Stunden eingeführt. Weiter kommt hinzu, daß Sonntags in den Thomasstahlwerken um 19 Uhr die erste Charge steigt. Als ordentliche Schicht an Sonntagen gilt die Zeit von 22 bis 6 Uhr. Für die Zeit zwischen 19 und 22 Uhr wird in den Thomasbetrieben ein Zuschlag von 75 v. H. stündlich gewährt.

2. Martinsöfen, Elektro- und Tiegelstahlwerke. Es tritt dieselbe Regelung hinsichtlich der Arbeitszeit ein wie unter 1 für die Thomasstahlwerke, so daß der erste Anstich am Sonntag um 19 Uhr erfolgt.

3. Hammer- und Preßwerke sowie die fast einlegenden Walzstrahlen, gleichviel ob sie aus Thomas- oder Martinswerken gespeist werden, verfahren zwei Schichten. Die Schicht besteht aus acht Stunden Arbeitszeit und Pausen von insgesamt einstündiger Dauer für jeden Mann der Schicht. Als Pause gilt nur eine Arbeitszeit von zusammenhängend zwanzig Minuten. Wenn es wirtschaftlich erforderlich erscheint, kann das Werk wochentags von jeder Schicht eine Stunde Mehrarbeit verabreichen lassen, jedoch so, daß die Arbeit Sonntags mindestens um 6 Uhr aufhört, und doch nach Möglichkeit die Zugangsflüsse berücksichtigt werden. Für diese Mehrarbeit ist ein Zuschlag von 25 v. H. stündlich zu bezahlen. Zur Durchführung der Pausen werden Uhrlöcher eingestellt, und zwar so, daß der Arbeiter in der Pause den Arbeitsplatz verlassen kann. Dies gilt auch, soweit sonst schlafende Arbeiter erachtet werden müssen.

3a. Für Nährgeschieker wird die achtständige Arbeitszeit eingehalten. Jedoch kann mit Zustimmung des Betriebsvertretung je Tag bis zu einer Überstunde geleistet werden.

4. A. Bei den Abteilungen, die nicht organisch mit dem Hüttenbetrieb verbunden sind, tritt bis zum 31. Januar 1928 als vorläufige Arbeitszeitregelung dasselbe wie unter 3 in Kraft.

B. Bei den übrigen Hilfsabteilungen der Betriebe verbleibt es bis zum 31. Januar bei der bisherigen Arbeitszeitregelung.

C. Bis zum 15. Januar 1928 ist zwischen den Parteien über die Fragen der weiterverarbeitenden Industrie und der Hilfsbetriebe hinsichtlich der Arbeitszeitregelung zu verhandeln. Bis zu diesem Zeitpunkte eine Regelung dieser Frage nicht erfolgt, so hat hierfür erneut das Schlichtungsverfahren Platz zu greifen.

5. Für Überstunden und Mehrarbeit, die unter vorstehendem nicht bereits geregelt ist, wird ab 1. Januar 1928 ein Zuschlag von 25 v. H. für die erste über die reguläre Arbeitszeit hinausgehende Stunde bezahlt. Weitere Überstundenbezahlung regelt sich nach dem geltenden Manteltarif für die sächsische Metallindustrie.

Diese Arbeitszeitregelung gilt ab 1. Januar 1928 unbedingt mit monatlicher Rücksicht, die das erste Mal für den 31. Dezember 1928 ausgesprochen werden kann. Dienigen Betriebe oder Betriebsabteilungen, für die vom Reichsarbeitsminister Dispens erteilt wird, bezahlen die gegenwärtige Arbeitszeit längstens bis zum Ablauf dieser Frist. Von da ab tritt die vorstehende Regelung in Kraft.

Mit Eintritt der im Arbeitszeitchiedsprüfung vorgezeigten Regelung wird seitens der Hüttenwerke ein zelausgleich für den eingesetzten Lohnausfall gewährt, der für Lohnarbeiter 50 v. H. und für Altord- und Brüderarbeiter 60 v. H. des Ausfalls beträgt.

Die Erklärungsurkunde für beide Schiedsprüche (Betriebszeit und Lohnausgleich) läuft bis 2. Januar 1928 24 Uhr.

Der Schiedspruch für die sächsische Hüttenindustrie basiert auf der Grundlage des Schiedspruchs für die rheinische Schwerindustrie und nimmt mit demselben an den wichtigsten Stellen im Wortlaut überein. Nach diesem Schiedspruch ändert sich für die überwältigende Mehrzahl der sächsischen Hüttenarbeiter an der bestehenden Arbeitszeit auch nicht ein Tropf. Zunächst besteht für die sächsischen Hüttenindustriellen die Möglichkeit, bei dem Reichsarbeitsminister Dispens von dem Schiedspruch zu beantragen und somit die geringen Verbesserungen für einzelne Arbeiter und den Schiedspruch überhaupt bis zum 31. Dezember 1928 außer Kraft zu setzen. Im Thomasstahlwerk, bei Martinsöfen, Elektro- und Tiegelstahlöfen soll das Dreischichtenystem eingeführt werden. Dafür aber wird eine ordentliche Schicht an Sonntagen von 22 bis 6 Uhr ermöglicht. Den Profitinteressen der sächsischen Hüttenarbeiter ist also genau so wie im Ruhrgebiet Rechnung getragen worden. Die Verkürzung der Arbeitszeit geschieht auch in Sachsen auf Kosten der Arbeiter. Der Lohnausfall für Stundenlöhner nur zu 50 Prozent und für Altordarbeiter bis 60 Prozent gewährt. Für das Hammer- und Preßwerk sowie bei den fast einlegenden Walzstrahlen, gleichviel ob sie aus Thomas- oder Martinsöfen gespeist werden, soll das Dreischichtenystem mit achtständiger Arbeitszeit eingeführt werden. Darüber hinaus aber hat die Direktion die Möglichkeit, ohne das die Betriebsräte nur ein Wort mitzureden haben, eine

weitere Überstunde täglich einzulegen, so daß praktisch am neun- und zehnständigen Arbeitstag nicht geändert wird, im allgemeinen Falle die bisher nach dem Tarifvertrag für die sächsische Metallindustrie bestehende 57ständige Arbeitszeit auf 54 Stunden gekürzt würde. Die Bestimmungen des Schiedspruchs unter 4 B aber geben den Betriebsleitungen die Freiheit, alle nicht unmittelbar im Thomasstahlwerk oder bei den Martins-, Elektro- und Tiegelstahlwerken, im Hammer- oder Preßwerk beschäftigten Arbeiter als sogenannte „Hilfsabteilungen“ zu bezeichnen und damit bei diesen Arbeitergruppen alles bei den bisherigen Zustand zu belassen. Tatsächlich konnte bereits beobachtet werden, daß beispielsweise in der Sächsischen Gußstahlfabrik bestimmte Arbeiter im Stahlwerk wie Kräführer und Schrottfahrer zu einer sogenannten „Maschinenabteilung“ zusammengelegt wurden. Diese Maßnahme wird erst jetzt richtig verständlich, nachdem der Schiedspruch vorliegt und die Annahme der Werksleitung keinen anderen Sinn hat, als die Bekämpfung der Position 4 B auch auf diese neu geschaffene „Abteilung“ anzuwenden und die Arbeiter zu betrügen. Der Begriff „übrige Hilfsabteilungen“ ist jedoch klar, und die Industriellen werden diese Gelegenheit gründlich ausnutzen, daß von einer Arbeitszeitverkürzung für diese Abteilung überhaupt keine Rede sein wird. Selbst dann, wenn der Schiedspruch am 1. Januar wirksam werden sollte, kommt für die Arbeitszeitverkürzung in den Hüttenwerken nur ein Bruchteil der Belegschaft, von dem etwa 2200 Mann der Sächsischen Gußstahlfabrik schätzungsweise etwa 300 Mann in Frage. Für die übrigen Arbeiter bleibt es beim bisherigen Zustand.

Es war vorzusehen, daß die sächsische Bürgerblockregierung den Beschlüssen der sächsischen Industriellen genau so gehorchen wird, wie die Bürgerblockregierung im Reiche das Diktat der Trustmagnaten von der Ruhrtal mit Hilfe der reformistischen Führer realisierte.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob der Schiedspruch für Sachsen mit oder gegen die Stimmen der Vertreter des DMB gefüllt worden ist. Für die Hüttenarbeiter kann es selbstverständlich nichts anderes geben, als diesen Schiedspruch abzulehnen, und die Vorbereitung zum Kampf im Mündnis mit den Arbeitern des Ruhrgebietes zu treffen.

Achtstundentag — 1. Hälfte des Jahres 1928

Ein Schiedsspruch nach dem Muster Brauns

II. Essen, 28. Dezember,

Unter dem Vorsitz des Schlichters Brügel fanden Schlichtungsverhandlungen für die Kreisfelder Metallindustrie statt. Nach mehrstündigen ergebnislosen Verhandlungen bildete man eine Schlichterammer, die nach etwa achtständigen Verhandlungen, da eine Verkürzung der Schichtzeit nicht möglich war, zwei Schiedsprüche füllte. Der erste Schiedsspruch regelt die Arbeitszeit für die Martin-Elektro-Stahlwerke, wo ab 1. Februar 1928 die dreistündige achtständige Arbeitszeit eingeführt werden soll. In den Walzstrahlen Hammer- und Preßwerk soll vom 1. Februar 1928 ab in zwei Schichten gearbeitet werden. Die Schicht besteht aus acht Stunden Arbeitszeit und Pausen von insgesamt einer Stunde Dauer. Der zweite Schiedsspruch beschränkt sich mit dem Lohn und sechzehn tariflichen Spitzenlohn ab 1. Januar 1928 von 77 Pfennigen pro Stunde fest. Die Arbeitnehmer erhalten 70 Pfennig der entsprechenden Klasse der männlichen Arbeiter. Die Regelung soll bis 1. Dezember 1928 gelten und ist von da ab mit einemmonatiger Frist jeweils zum Monatsabschluß kündbar. Die Erklärungsurkunde läuft bis zum 3. Januar 1928, 18 Uhr.

Der Schiedsspruch des neuen sozialdemokratischen Schlichters Brügel entspricht ganz den juristischen Anforderungen des Bürgerblockministers Brauns. Bei der dreistündigen Achtstundenarbeitszeit wird verschwiegen, daß auch Sonntagsarbeitszeit verfahren werden, also die 58-Stunden-Woche festgelegt wird. Die 8 Stunden und „Pausen“ von einer Stunde für die Hammer- und Preßwerke bedeuten in Wirklichkeit nichts anderes als 9 Stunden reguläre Arbeitszeit, wobei aber nur 8 Stunden bezahlt werden. Ferner wird verschwiegen, daß noch täglich eine Stunde Überarbeit, also insgesamt 10 Stunden pro Tag geleistet werden müssen.

Die Festlegung von 77 gegenüber bisher 76 Pfennig Stundenlohn bedeutet mit der Lohn erhöhung von einem Pfennig eine freie Verhöhung der Arbeiter.

Das ist die erste Auswirkung des reformistischen Berats in der Nordwestlichen Gruppe für eine Arbeiterschaft, die einem anderen Tarifgebiet angehört.

„Kleine Komödie“

Uraufführung in der Komödie

Drei Akte hat die „Kleine Komödie“ von Siegfried Geiper. Da ist der Baron Rommer (Wolf Kersten), ein Don Juan (auf deutsch: Schürzenjäger!). Aber wo wäre ein Baron noch nicht Don Juan gewesen? Einer anderweitigen Einladung folgend, kann er die mit seiner Freundin Daisy (Bella Erdos) geöffnete Verabredung nicht einhalten. Er beauftragt seinen Kammerdiener Bastien (Alfred Haase), dies Daisy mitzuteilen. Bastien versucht telefonische Verbindung mit Daisy zu erhalten, und damit beginnt das Verhängnis. Vom anderen Ende der Stricke erkönigt immer wieder die gleiche liebliche Stimme, und Bastien gerät endlich in ein Gespräch mit der schönen Unbekannten. Schließlich bestellt er sie in die Wohnung seines Herrn, kleidet sich mit dessen besten Sachen und spielt den Baron Rommer. Die schöne Unbekannte (Lotte Klein), die in Wirklichkeit Kammerzofe bei Frau von Balthin sei und deren Sachen angezogen habe... Das hört diejenigen aber auch nur solange nicht, bis Frau von Balthin ihn in seiner Wohnung aufsucht. Er erklärt dieser die Situation und bittet sie, als Kammerzofe mit zu betreien. Die dabei erfolgende Enthüllung „entstellt alles wieder ein“. Die erschütterten sozialen Stellungen aller Beteiligten werden von denen wieder eingenommen, denen sie nach „Recht und Tugend“ zufallen. „Bastien“ wird Baron Rommer, „Baron Rommer“ wird Bastien und so auch Frau von Balthin und Lotte. Schließlich erhält auch der gedekte Tisch nach dieser Verhüllung der gesellschaftlichen Statut seinen „Zweck“, nur mit dem Unterschied, daß er von dem wirklichen Baron Rommer und Frau von Balthin als Aufstieg eines jüdischen Weissensees benutzt wird. Währenddessen führt Herr von Balthin im Schnellzug nach Paris. — Bastien aber verdüstet mit Lotte in seine Mähdörfer...

Soweit die Handlung. Man muß zugelesehen, der Autor gab sich die redlichste Mühe, dem heutigen „verfehlten Geschmack“ des gutzählenden bürgerlichen Publikums entgegenzukommen. Er hat es verstanden, eine ungeheure Menge von Redensarten und Unzüglichkeiten aufzuhäufen, sie zu dem geistigen „Inhalt“ eines Stüdes zu machen, das schlechterdings „unübersetzbare“ ist. Selbstverständlichkeit, daß das Ganze in dem vornehmen Ton gehalten ist, der allein schon dem gutzierten Bürger Garantie für die Unverzerrtheit und Vollkommenheit des „künstlerischen Inhalts“ der gräßigsten „Gedanken“ bietet. Unbestritten ist, daß der hier, wenn auch nur unbewußt, gezeigte Grundgedanke jener jungen Auseinandersetzungen einer „zum Aussterben verurteilten Gesellschaftsschicht, die zwischen Telefon und Radio vegetiert“ (so drückt sich der Autor wohl fälschlich aus), tatsächlich besteht... Jedoch: die Tendenz dieser „Kleinen Komödie“ läuft, praktisch bezogen, darauf hinaus, den ganzen Verlogenheit, dem Betrug im Sexualleben der bürgerlichen Klassie Vorwurf zu leisten, d. h. zu entschuldigen, in Jocat zu beschönigen. Dabei spielt man mit einem der ernstesten Probleme der bürgerlichen Welt Komödie, und zwar so, daß kein Mensch, der aus bürgerlichem Milieu kommt, jemals ernsthaft verletzt

GSD - Wochenausgabe für das Jahr 1928 Wanner der Woche 1928

Berlin, 20. Dezember. (Eig. Drachmeldung.)

Die Rote Fahne veröffentlicht heute folgende Mitteilung: Wie von unterrichteter Seite verheißen wird, heftigt die Sozialdemokratische Partei bei den kommenden Wahlen an vorragender Stelle Gustav Noske als Kandidaten aufzustellen. Die Sozialdemokratie glaubt, mit dieser Kandidatur den bürgerlichen Mittelparteien, in besonders demonstrativer Weise den klinsten Kurs ihrer Politik vor Augen zu führen.

Diese Nachricht wird besonders unter den sozialdemokratischen Arbeitern Aufsehen und tiefe Empörung auslösen. Für die ganze deutsche Arbeiterklasse bedeutet die Kandidatur Noske einen Faulnisslog in Gestalt, auf dem die Arbeiter der Sozialdemokratie schon gehörig antworten werden.

Die Arbeiter haben nämlich noch nicht vergessen, daß es Noske war, der erklärte: „Einer muß der Blutbad sein.“ Das es Noske war, der die Massenabschaltung revolutionärer Arbeiter organisierte, der die weisgardistischen Banden bewaffnete und auf die Arbeiterschaft losließ.

Heute, wo sich der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands zum 9. Mai fährt, rufen die Kommunisten es den Arbeitern ins Gedächtnis zurück: Noske trieb mit vollem Unterstüzung des Vorwurfs die Mörder von Rath Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Frankfurts zu ihrer Bluttat an. Noske versuchte, diese Blutat zu verdunkeln und die Mörder zu entlasten. Noske gab im März 1919 den berüchtigten Schleicher heraus, durch den Hunderte von Unschuldigen niedergemordet wurden. Noske erstand die Lügenhebe von den angeblich von Spartakisten ermordeten Richterbeamten, um eine Pogromhebe gegen die Kommunisten entfachen zu können. Noske war der eigenliche und politische Verantwortliche für den blutigen Maizelermord im Berliner Martinstall. Noske war der erste, der Hindenburg zu seiner Wahl als Reichspräsidenten die ehrerbietige Glückwünsche überbrachte. Noske war es auch, der beim Generalauftakt der sozialen Konterrevolution die Hindenburgs Geburtstage die feuchte lige Noske abgab.

Dieser herausragende Kandidat der Sozialdemokratie ist zugleich der laufende Ausdruck für die gesamte sozialdemokratische Politik. Seine Name ist das politische Programm, mit dem die Sozialdemokratie vor das deutsche Volkshaupt hinzieht und Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten für die Koalitionsregierung endgültig gewinnen möchte.

Vom Tage

Neue Kältewelle

II. Berlin, 29. Dezember. Am heutigen Tage ist in Berlin die Temperatur wieder um einige Grad gesunken. Am frühen Morgen wurden in der Stadt 7½ Grad und in den Außenbezirken bis zu 10 Grad gemessen. Gegen Mittag ist das Thermometer bei Sonnenchein auf 6½ Grad gestiegen. Schleifer wurden bis zu 12 Grad Kälte festgestellt. Die Kältewelle macht sich in Frankreich durch eine empfindliche Abkühlung der Temperatur bemerkbar. So wurde heute morgens Paris 5 und in der Umgebung von Paris 7 bis 8 und in Marseille 8 und in Nizza 9 Grad Wärme verzeichnet. Während der letzten 24 Stunden hatte Nordfrankreich viele Schneefälle zu verzeichnen. Die Verbindungen zwischen Pariser, Brüssel und London sind noch immer teilweise gesperrt, dagegen hat der Sturm im Niederrhein etwas nachgelassen, daß gestern das erste Schiff von Boulogne abgehen konnte. Starke Frost in Holland dauert an. Die Schifffahrt liegt im Justieren der Kanäle zum großen Teil still. Bei Hengelo ein Deich auf einer Länge von 60 Meter durchbrochen, großer Landstrich ist überschwemmt, zahlreiche Gebäude wurden Hochwasser abgeschnitten. Die Bauern mußten zum 2. ihre Häuser verlassen.

Schwere Sturmshäden in Portugal

Vielen Toten

II. Berlin, 29. Dezember. Wie ein Abendblatt an London meldet, haben die atlantischen Stürme auf Madeira gewaltige Schäden verursacht. Die Strandbefestigungen sind zerstört, zertrümmert und zerstochen worden. Die hoch angeschwollenen Bäume rissen Buden und Häuser mit fort. Vieles Straßen sind völlig ausgewaschen. Die Bevölkerung mußte ihre Wohnhäuser im Stich lassen. Funchal ist überschwemmt und ohne Licht. In Portugal sind der Duro und Tajo stark gefüllt und haben große Überschwemmungen angerichtet. Viele Dörfer sind völlig abgeschnitten. Hunderte von Häusern wurden einsturz. In Santarém und Coimbra steht das Wasser meterhoch in den Straßen. Die Stadtbefestigung ist unterkündigt. Viele Personen ertranken. Zwischen Santarém und Coimbra wurde eine Abteilung von Soldaten von den reißenden Fluten erschlagen. Alle kamen um. In Coimbra ist der Eisenbahngleis abgelegt.

Springflut in Neapel

II. Rom, 29. Dezember. Gestern überschwemmte die Hafenquartiere von Neapel eine Springflut, die den steinernen Kai vom Grand-Hotel bis zum Hotel Savoy zertrümmerte. Im Hafen selbst wurden zwei Frachtdampfer von der Unterseite gerissen und schwer beschädigt, ebenso auch die Landungsbrücke. Die Springflut, die den Charakter eines Meerbehens hatte, reichte bis nach Pozzuoli und schlug auch dort schwere Schäden an. Verschiedene Personen wurden verlegt.

hein könnte. (Vielleicht wohne ich morgen einer Gerichtsverhandlung bei. Ehebruch. Die gleichen Menschen, die in der Komödie Beifall klatschten, werden im Gerichtssaal die erbitterlichste Feinde der „Ehebrecherin“ sein. Hier in der Komödie trägt die Angelegenheit ja nicht diesen öffentlich-kompromittierenden Charakter. Man ist unter sich! —)

Beifallsbezeugungen gebe ich schon lange nicht mehr. Selbst auf die Gefahr, von anderer Seite als Nichtverleihender bestraft zu werden. Besonders bei diesem Stück hätten meine Beifallsbezeugungen — die ich lediglich dem ausgesuchten Charaktervollen Spiel der Hauptdarsteller Wolf Kersten, Alfred Haase und Lotte Klein gespendet hätte — mißverstanden werden können. Der Autor war — glaube ich — anwesend... W. G.

Douglas Fairbanks „Der Gaucho“

Capitol

Ein amerikanischer Film... Spielenproduktion Ameritas — Douglas Fairbanks, der megalithische Kinderhirt, vollbringt in diesem Film Wunder an turnerischen Leistungen. Er klettert wie ein Affe, turnt, wie nur ein Mensch turnen kann, der verfolgt wird. Er verläßt die Obrigkeit, die auf keine Erfolgsergebnisse ausgezeichnete Belohnung und läßt sich aus jeder verzweifelten Situation mit einer burschikosen Bewegung seines geschmeidigen Körpers und einem Lächeln... Der Film ist primitiv, trotz eines großen Aufwandes an Menschen- und anderem Material. Er enthält sehr viel Unwahrscheinlichkeiten und wird den Erwartungen, die man an den Titel knüpft, wenig gerecht. Man erwartet, von dem Leben und Treiben der mexikanischen Gauchos zu erfahren, die mexikanischen Pampas zu sehen und ist enttäuscht. In diesem Film wird erneut der Beweis erbracht, daß die amerikanischen Regisseure zwar viele Individuen zusammenfügen, und teilen können, daß sie aber nie in der Lage sind, wirklich charakteristische Menschen zu zeigen, wie wir sie in den klassischen Filmen aus Amerika und Europa kannten.

In diesem Film wird erneut der Beweis erbracht, daß die amerikanischen Regisseure zwar viele Individuen zusammenfügen, und teilen können, daß sie aber nie in der Lage sind, wirklich charakteristische Menschen zu zeigen, wie wir sie in den klassischen Filmen aus Amerika und Europa kannten.

Gieg der Partei!

Ergebnisse des 15. Parteitages der KPdSU

Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter

Achtzehn Tage hat der Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjetunion gedauert. In 18 arbeitsreichen Tagen wurde der Weg der Partei und des von ihr beherrschten proletarischen Staates übershaut, wurden die Hemmisse und Mängelne auf diesem Wege aufgezeigt und die Lösung der eingetretenen Schwierigkeiten gegeben. Der 15. Parteitag hat das gehabt, was die große Masse der Parteimitgliedschaft und mit ihr das ganze Land von ihm erwartete: den Schlußpunkt dem schmerzvollen Kapitel gezeigt zu haben, das in Form der Parteiposition seit über 2 Jahren auf die Arbeit der Partei, ja auf den sozialistischen Aufbau des Landes hörend wirkte. Besonders in den letzten Monaten fühlte jeder Kommunist, fühlte jeder Klassenbewußte Arbeiter: so kann es nicht weitergehen, wir können uns nicht den Zugriff erlauben, daß ein großer Teil unserer Energie, die nach wie vor zum Kampf gegen eine Welt von Feinden und zur Erfüllung einer neuen Welt notwendig ist, innerhalb der Partei selbst aufgezehrt wird. Der 15. Parteitag hat ein entschlossenes und klares Bild zugesetzt.

Dieser 15. Kongreß der Partei des Volksheims, der an der Schwelle des zweiten Jahrzehnts der proletarischen Diktatur stand, hat zwei große Fragen zu beantworten:

1. Wie, mit welchen Mitteln kann und soll der sozialistische Ausbau weiter vor sich gehen, und
2. wie, auf welche Weise muß die Partei mit den inneren Schwierigkeiten fertig werden, um — den Geboten Lenins treu — den großen Aufgabe des Aufbaues des Sozialismus gewachsen zu sein. Beide Fragen, die politisch-ökonomischen Aufgaben der gegebenen Etappe, sowie die Frage der Parteiposition, sind voneinander unterscheidbar. In beiden äußerte sich die Schwierigkeit der Vermittelung des Sozialismus in einem Lande, das wie eine Insel oder gar wie ein Riesenfestland im Ozean des Kapitalismus auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist.

Wenn Stalins Rede die Gesamtfrage in großen Zügen schiede, und Bucharin eine Darstellung der äußeren Umgebung der Sowjetunion ließte, so ergab sich der Rahmen zur konkreten, ins einzelne gehenden Beratung aus den Referaten Aksows und Kryschawolski über den Fünf-Jahre-Plan und Molotows Referat über die Arbeit auf dem sozialen Lande. Aus der Zeit, wo die Produktion quasi allein im Mittelpunkt der Aufbauarbeit stand, ist Sowjetruhlands Arbeit nunmehr in das Stadium der Qualität getreten. Der vom 14. Parteitag eingeschlagene Kurs auf die Industrialisierung des Landes war richtig und hat bereits eine Entfaltung der sozialistischen Industrie in einem Rekordtempo ergeben, wie es kein kapitalistisches Land bisher zugetraut hat. Aber die Industrialisierung kann nicht auf die Stadt allein beschränkt bleiben. Die Industrialisierung des Dorfes, die Maschinenherstellung und Herstellung des Ackerbaus, die kulturelle Leitung der Gesamt- und in erster Linie der Landbevölkerung sind die nächstliegenden Aufgaben. Der Parteitag hat sich nicht lange aufzuhalten bei den Widerlegungen der Verfehlungen der Opposition über die angebliche Kulturschlacht, von der das Dorf überschwemmt wird. Der politische und ökonomische Kampf gegen den Kulat — ein Kampf, der über die Endziele des Wahlrechts weit hinausgeht — kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Die Kollektivisierung, die Vergesellschaftung der Millionen und über Millionen Bauernwirtschaften im Rahmen der Sowjetmacht, muß das „sozialistische Amerika“ geben, auf das Sowjetruhland hinsteuert. Eine riesige Aufgabe, der nur die Titanenträume der Partei der proletarischen Revolution gewachsen sind. Abgesehen von allen inneren Schwierigkeiten, vielleicht auch das Werk unter beständiger Kriegs- und Interventiongefahr, ist ja das Land ringum von Feinden umgeben. In Westeuropa hat die relative Stabilisierung des Kapitalismus nur noch eine größere Zuspitzung der Klassengegensätze hervergerufen und schmiedet um so fester die Einheitsfront der Imperialisten gegen die Sowjetunion.

52 Millionen „Strafzahlungen“ der deutschen Stahlindustriellen

Der Preis für die Ausschaltung der Konkurrenz

52,1 Millionen RM innerhalb von 6 Monaten haben die deutschen Stahlkapitalisten nicht etwa für Mehrlohnzahlungen, wohl aber für freiwillige Strafzahlungen an die Kartellfalle der Internationalen Kohlestaalgemeinschaft übrig gehabt.

Nach einer neuen Aufstellung der Deutschen Bergwerksag. hat das deutsche Stahlkapital in den Monaten April bis Juni 1927 5,49 Millionen Dollar, in den Monaten Juli bis September 1927 6,92 Millionen Dollar, also in den letzten 3 Monaten 1,43 Millionen Dollar mehr an die Internationale Kartellfalle wegen Quantitätsüberschreitung überwiesen.

Obwohl auf Drängen der deutschen Stahlmagnaten die Strafbestimmungen der Internationalen Kohlestaalgemeinschaft gemildert worden sind (bei Überschreitung der Inlandsquote nur noch 2 Dollar je Tonne Güterumschreitung, ab Oktober 1927 nur noch 1 Dollar Strafzahlung gegenüber 4 Dollar je Tonne der überschrittenen Auslandsquote), hat sich dennoch die Aufschaltung der deutschen Stahlindustriellen in den letzten Monaten erheblich erhöht.

Ein erheblicher Teil der deutschen „Strafzahlungen“ ist den franz. Stahlkapitalisten zugestossen. Diese haben wegen „Mindest-Erzeugung“ eine „Rückvergütung“ von 875 000 Dollar für die Zeit von April bis September 1927 aus der Internationalen Kartellfalle erhalten. Trotz dieser Auszahlungen an die französischen Stahlkapitalisten hat die Internationale Kartellfalle einen Betrag von 20,8 Millionen Dollar gehabt, der auf die einzelnen Kartellmitglieder entsprechend ihrer Quoten entfällt.

Die deutschen Stahlindustriellen haben auch bei Berücksichtigung jenes aufgestellten „Überdrusses“ in der Kartellfalle für jedes Tonne deutschen Kohlests 2,07 RM an die Internationale jede Tonne französischen Kohlests eine Zusatzzahlung je Tonne französischen Kohlests eine Zusatzzahlung von 2,83 RM erhalten haben, und so in ihrem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt gegen die deutschen Stahlprodukte unterstützt worden.

Über, obwohl die deutschen Stahlmagnaten bei Aufrechterhaltung der Internationalen Kohlestaalgemeinschaft schon auf Grund der relativ ungünstigen deutschen Quote weiterhin mit Aufschzahlungen von deutscher Seite rechnen, sie auch nicht auf weitere wesentliche Wölbung der Kartellbestimmungen einspielen wollen, hoffen können, bilden diese keineswegs an eine Kündigung der Internationalen Kohlestaalgemeinschaft. Denn die „Strafzahlungen“ von deutscher Seite sind meistens. Wenn die „Strafzahlungen“ von deutscher Seite sind nur ein Bruchteil der Sonderprosse, die die deutschen Stahl-

industriellen Plattform mit der Lenin-Partei unvereinbar

Es ist klar, daß die proletarische Diktatur nur unter der Bedingung der größten Einheit und Geschlossenheit ihrer Partei ihren Zielen entgegenstreben kann. Jedoch erkennt sich die Frage der Opposition lange nicht mehr in Fragen der Disziplin, ja nicht einmal in Fragen der Taktik. Der Parteitag hat von Anfang an mit aller Deutlichkeit betont, daß die Differenzen, die die Opposition von der Parteimehrheit trennen, programmatischer Natur sind. Man kann sie nicht mehr zur bolschewistischen Partei zählen, wenn man in der Sowjetunion einen „Thermidor“, in der Bauernpolitik eine Führung des Kulat, in der sozialistischen Industrie eine Art Staatskapitalismus usw. erkennt. Die Freiheit der Kritik ist ein heiliges Recht, ja die Pflicht jedes Kommunisten — aber diese Kritik kann nur auf der Basis des grundlegenden bolschewistischen Programms geschehen. Die trockene Plattform verträgt sich mit der Jugehörigkeit zur leninistischen Partei nicht.

Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit hat der Parteitag die Konsequenz gezogen, durch den Konschlus der 73 aktiven Teilnehmer der trockenen Opposition und der 24 Anhänger der Sapronow-Gruppe, die schon längst bewußt einen sowjet- und partekommunistischen Weg einschlägt. Bis zum letzten Moment haben die Führer der Opposition behauptet, der Parteitag würde es nicht „wagen“, sie auszuschließen. Der Parteitag hat es nicht „gewagt“, er hat einstimmig, ohne Stimmenthaltung gefordert, daß Louts wie Sinowjew, Trotski, Kamenew usw. Personen, deren Verdienste in der Vergangenheit noch so groß sein mögen, aus den Reihen der Partei entfernt werden, da ihre Anhänger und die sich daraus ergebenden Handlungen den Grundsätzen der Partei ins Gesicht schlagen.

Spaltung der Trockisten

Die Art und Weise, wie die Opposition auf den Konschlus reagiert hat, zeigt den tiefen Nid, der innerhalb der Opposition

sich selbst besteht. Die von Smilga vorgetragene Erklärung der Trockisten war eine ähnliche Anlage des weiteren Kampfes gegen die Partei, die allein ihrer ließerte die Instrumente, die den Ausgang rechtig würden. Anders die andere Gruppe der jüngeren Trockisten: Kamenew, Sinowjew, Lewdolominus usw. Noch bis zum letzten Moment versuchten sie zu manövren, um dem Parteitag einige Positionen für sie abzuhandeln. Als alles verloren war, trat diese Gruppe der Opposition mit einer Erklärung auf, die eine vollkommene Kapitulation bedeutet. In dieser ihrer Erklärung erkennen sie nicht allein, daß der Weg ihres Kampfes gegen die Partei nicht mit den Grundsätzen des Leninismus nicht vertragt, sondern sie räumen auch vor, daß ihre bisherigen Auffassungen vollkommen ab. In nationale wie im internationalem Rahmen erkennen sie ihre Arbeit als Fehler, und lehnen sie für die Zukunft ab. Haben die Kamenew und Sinowjew erwartet, daß der Parteitag auf Grund dieser schriftlich gemachten Kapitulation den einmal geschafften Erfolg rückgängig macht und ihnen die Tore der Partei weit öffnet? Nach den wiederholten Wortbrüchen kommt es der Partei nicht darauf an, eine schriftliche Erklärung entgegenzunehmen; sondern sich davon zu überzeugen, daß die Opposition tatsächlich den Weg zur Partei zurückgeht. Der Parteitag befürchtet, daß die Frage der Opposition durch den getätigten Auschlus erledigt ist. Die Erklärung von Kamenew, Sinowjew usw. am das Zeichen der KAK zu überweisen, damit sie Maßnahmen treffen, auf Grund deren zu prüfen sein wird, ob eine Wiederaufnahme des Konschlusses in die Partei möglich ist. Jedenfalls darf die Wiederaufnahme nicht sehnlicher als in 6 Monaten erfolgen. Die nächsten 6 Monate sollen zeigen, ob ein Sinowjew und Kamenew tatsächlich in der Sowjetmacht die proletarische Diktatur und nicht den „Thermidor“ leben, ob sie tatsächlich die Verbindung mit den Maslow und Ruth Hilfner — eine Verbindung, die der Erklärung als ein Fehler bezeichnet wird — aufgeben möchten. Über wie dem auch sei, wie sich die Sinowjewisten in der Zukunft auch verhalten mögen, — ihre Kapitulation hat den Maslowen, die aus dem Namen des früheren Vorsitzenden der Komintern Kapital zu schöpfen suchen, den Wind aus der Segeln genommen. Sinowjew ist öffentlich von den Maslow-Nischen abgerückt, jetzt mögen sie unter dem Banner des Trotsismus den Kampf gegen den Leninismus weiterführen.

Um die Streiffreiheit

Reichsgerichtliche Entscheidung gegen Haftbarkeit der Gewerkschaften. — Die Reformisten auf freischer Tat ergrappt.

Wie bei früheren Arbeitszeit- und Lohnbewegungen, so spielt auch jetzt wieder bei der Abwölbung des Kampfes der Hütten- und Metallarbeiter durch die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer ihre Behauptung eine große Rolle:

„... daß nach einem verbindlich erklärten Schiedsspruch ein Streik durch die Gewerkschaften nicht mehr geführt werden darf, weil sie sonst dafür haftbar gemacht werden.“

Wörtlich schrieb der Vorwärts nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs zur Rechtfertigung der reformistischen Niederlagenstrategie folgendes:

„In der KGD weiß man selbstverständlich, daß eine Gewerkschaft nach einer Verbindlichkeitserklärung praktisch nicht mehr in der Lage ist, einen Streik zu führen... Wenn die kommunistische Presse also trotzdem von einem Vertrag der Gewerkschaften spricht, so spricht sie bewußt die Unwahrheit aus.“

Schneller als erwartet, sprach der Vorwärts sich selbst der Lüge. In der Morgenausgabe des Vorwärts vom 28. Dezember, muß zugegeben werden, daß die Gewerkschaften für Streikshäden nicht haftbar sind, wie es jetzt durch eine reichsgerichtliche Entscheidung gegen die Haftbarkeit der Gewerkschaften festgestellt wird.

Diese Entscheidung ist gefällt worden auf Grund eines gewerkschaftlich funktionierten Streiks im Jahre 1924. Im Frühjahr des Jahres 1924 fand im Zwickauer Bergbaurevier ein Bergarbeiterstreik statt, der folgende Ursache hatte: Am 2. Februar

wurde zwischen den beiden Vertragsparteien für die Vertragsarbeiter vereinbart, daß die Arbeitszeit 9 Stunden täglich über Tage dauern und die Vereinbarung ihr Ende am 30. April 1924 finden sollte. Am 24. April 1924 erging ein Schiedsspruch vom Schlichter des Reichsarbeitsministeriums dahin, daß die nach dem genannten Abkommen zu leistende Mehrarbeit unklarbar bis zum 31. Juli 1924 laufe. Dieser Schiedsspruch wurde von den Bergarbeitern und anderen beteiligten Verbänden abgelehnt, so daß am 1. Mai die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs und alsbald der Ausbruch eines Streiks erfolgte.

Auf Grund dieser Sachlage klagte der Bergbauverein in Auerbach bzw. die Firma Steinohlenwerke Köstner u. C. in Neinsdorf gegen den Bergarbeiterverband, den Metallarbeiterverband, den Zentralverband der Maschinen und Heizer, den Christlichen Bergarbeiterverband sowie gegen jedes Gewerkschaftsangehörige auf einen Schadenstraf in Höhe von zu 20 000 Mark, die als Verlust der genannten Firma während des Streiks entstanden sein sollen.

Das Landgericht in Zwickau hatte am 28. Dezember 1924 die Verbände und ihre Angehörigen dazu verurteilt, für während des Streiks entstandene Schäden zu haften. Nach von den Reformisten auch jetzt anlässlich des von ihnen als wichtigsten Hütten- und Metallarbeiterkampfes stets im Müßiggang behauptet wurde durch dieses Urteil die Haftbarkeit der Gewerkschaften gerichtlich entschieden.

Wie der Vorwärts aber mitteilt, „legen die beteiligten Verbände und Gewerkschaftsangehörigen gegen das unverständliche und rücksichtlose Urteil Berufung ein.“

Die Folge war, daß nunmehr das Oberlandesgericht in Dresden am 12. Dezember 1925 das genannte Urteil der Vorinstanz aufhielt, die Gewerkschaften und ihre Angehörigen von der Haftbarkeit für den Streikshaden freisprach und dem Unternehmer kostenpflichtig abwies. Bezeichnend für dieses Urteil gegen die Haftbarkeit der Gewerkschaften ist folgende Begründung:

„Die Gewerkschaftsvertreter können nicht belangt werden, denn ein beratiger Anspruch ist auch nicht nach § 826 BGB als unerlaubte Handlung, begangen durch Verstoß gegen die guten Sitten, herzuleiten. Bewußt verurteilt jeder Streik welfswirtschaftliche Schäden, aber entsprechend der Einschauung, die sich fast allgemein durchgesetzt hat, kann gleichwohl die Führung solcher Arbeitskämpfe an sich nicht als unfähig gelten... Ein Streik, und auch die Förderung eines solchen, ist an sich noch nicht ein Verstoß gegen die guten Sitten.“

Trotz dieser Entscheidung gab sich der bergbauliche Verein in Zwickau mit seiner Niederlage durch die Freisetzung der Gewerkschaften von der Haftbarkeit nicht zufrieden, sondern legte gegen das Urteil beim Reichsgericht Revision ein. Der dritte Instanz des Reichsgerichts möchte sich das Urteil des Oberlandesgerichts in Dresden zu eigen, verwirft die Revision und legt dem Kläger die nicht unerheblichen Kosten auf.

Durch diese reichsgerichtliche Entscheidung ist ausdrücklich die Haftbarkeit der Gewerkschaften abgelehnt und damit auch am besten die Stütze von den Reformisten im Munde geführte Behauptung widerlegt, daß eine Gewerkschaft nach einer Verbindlichkeitserklärung praktisch nicht mehr in der Lage ist, einen Streik zu führen.“

Damit muß nunmehr selbst der Vorwärts zugeben, daß alle Anwesen der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer vom „Nicht-Kämpfen-Können“ nichts anderes als Schwund sind, hinter denen verdeckt werden soll, daß sie nicht kämpfen wollen.

Ohne Zweifel stimmt es, daß die Justiz des bürgerlichen Klassenstaates alle Mittel ausnutzt, um gegen die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen vorzugehen. Was aber könnte die bürgerliche Klassenjustiz ausrichten, wenn die Gewerkschaften die Millionenarmee der Arbeiterschaft zu einem gemeinsamen Kampf aufrufen würden? Diesem Massenwillen müßte sich auch die deutsche Klassenjustiz beugen.

Deshalb muß diese reichsgerichtliche Entscheidung gegen die Haftbarkeit der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft eine Lehre sein, mit dem reformistischen Schwund aufzuräumen und stärker als bisher in den Gewerkschaften durchzusetzen, für die aufgestellten Forderungen der Arbeiterschaft auch mit dem Mittel des Streiks einzutreten. Der Streik ist die einzige Waffe, die der Arbeiterschaft legen. Endes zur Verfügung steht, wenn ihre Forderungen nicht willig werden. Sie muß angemahnt werden, auch gegen die Schlichtungsmaschinerie des Bürgerblatts und gegen die Verbindlichkeitserklärungen des Bürgerblatt-Ministers Braun. Nur so kann es gelingen, die Millionen bisher unorganisierten Arbeiter für die freien Gewerkschaften zu gewinnen und sie von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenflusses und Kampfes zu überzeugen. Nur so kann es gelingen, die Arbeiterschaft den Achtundertstag und eine menschenwürdige Existenz erobern. Das muß auch die Lehre für die Hütten- und Metallarbeiter gegen die reformistische Niederlagenstrategie werden.

Sturmische Auseinandersetzungen im Dresdner Rathaus

Blüher brüllt einen kommunistischen Stadtrat / Verleumdungsaktion des SPD-Betriebsrates Spottle gegen Genossen Stadtrat Gruner / Beihilfe an Gemeindearbeiter von den Deutschnationalen bis zur SPD abgelehnt

In der gestrigen Sitzung der Dresdner Stadtverordneten, für die leichte in diesem Jahre war, wurden eine ganze Reihe für die Arbeiterschaft wichtige Fragen behandelt. Gleich zu Beginn der Tagung kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung. Der Deutschnationale, Stadtrat Böhl, hatte in einer Anfrage an den Rat gefragt, daß Genosse Stadtrat Lewinsohn als Verwalter des Rentnerheims in Niederschönitz die dortige Weihnachtsfeier verboten habe, er fragt den Rat, was er gegen diese „Inneren Gesüste“ verlebenden Übergriffe zu tun geantrete. Die Antwort gab Oberbürgermeister Blüher, der sich in seiner bekannten Manier um die richtige Beantwortung der Frage drückte. Das Charakteristische aber war, daß Blüher die Antwort gab, ohne daß der zuständige Verwalter, Genosse Stadtrat Lewinsohn, überhaupt etwas von der Anfrage, geschweige der Antwort durch Blüher etwas erfahrt. Blüher hatte die Antwort gegeben, ohne daß im Gesamtrat dazu Stellung genommen worden war. Die ganze Art der Erledigung der Sache war eine bewußte und glatte Brüderlichkeit des kommunistischen Stadtrates. In der Diskussion verlangte Genosse Schrapel, daß sich Genosse Lewinsohn hierzu äußere. Letzterer mußte laut Geschäftsordnung des Rates vom Ober erstmals zum Sprechen einholen. Als dies Genosse Lewinsohn tat, verweigerte der Ober diese Erlaubnis! Diese freche Brüderlichkeit wurde von unseren Genossen sehr gebrandmarkt. Der Ober weiß, warum er die Erlaubnis verweigerte — er hat allen Grund dazu. Wir gehen auf diesen Standort auch an anderer Stelle näher ein. Soviel doch kann heute schon gesagt werden: Das, was sich der Ober geleistet hat, wird bald die Öffentlichkeit nochmal beschäftigen. Als nächster Punkt stand die Neuwahl des Stadtrates Dr. Albrecht und des Stadtbaurates Dr. Wolf auf der Tagesordnung. In ersterem erklärte Genosse Lade, daß die kommunistische Fraktion eine Wiederwahl ablehnen müsse, weil sie erstens grundsätzlich die Aussichtserzung dieser Stellen ist. Im übrigen ist Dr. Albrecht ein Mitglied des reaktionären Rates. Unter seiner Leitung wurde bei der Straßenbahn der Regiebau immer mehr beschädigt und die Arbeiten an Private vergeben. Daß die Arbeiten von denselben launig ausgeführt werden, ist zur Kenntnis bekannt. Nicht minder standhaft ist die durchgeführte Tarifpolitik. Das Publikum wird — hauptsächlich in den Hauptverkehrszetteln, wie morgens, mittags und abends — gezwungen wie Vieh transportiert. Daß darüber das Personal stark leidet und die Gefahr der Unfälle erhöht wird, ist klar. Die uniose Einbildung Dr. Albrechts wird am besten charakterisiert durch den Versuch, in den Straßenbahnhauptstädten Afzord einzuführen. Selbstverständlich ist er auch ein ausgesprochener Gegner des Wochentags. Die kommunistische Fraktion kann die Wiederwahl eines solchen reaktionären Mannes vor der Arbeiterschaft nicht verantworten und lehnt sie deswegen ab. Die SPD schaut die Wahl ebenfalls ab, weil sie für Aussichtserzung der Stelle ist, zur Person dient der Fraktionssprecher bezeichnenderweise kein Wort. Sie wollen sich das Hintertürchen für alle Fälle offen halten. Auf Einwände des Bürgertums, daß Dr. Albrecht ein guter Fachmann ist, erwiderte Genosse Werner treffend, daß er nicht allein darauf ankommt, sondern entscheidend ist seine soziale Einstellung. Daß die Bürgerlichen am liebsten ihre Leute für lebenslänglich gewählt haben möchten, ist nur zu begreiflich. Mit 38 gegen 35 Stimmen wird Wiederwahl beschlossen. Die Manne-Halb- und Halb-Fraktion der Außerpartei und die AEP stimmen leidenschaftlich für Dr. Albrecht. Zur Wiederwahl des Stadtbaurates Dr. Wolf erklärte Genosse Schrapel, daß letzterer vielleicht ein guter Fachmann ist, daß er sich aber immer als „der große Schweiger“ gezeigt. Das ist leichter als die Interessen der Werktätigen selbst zu vertreten. Sowohl in der Frage des Regiebaus, als auch in anderen Fragen hat er geschwungen. Initiative hat Dr. Wolf wenig entwickelt. Die kommunistische Fraktion wird sowohl deswegen als auch aus ihren grundlegenden Erwägungen heraus gegen die Wiederwahl stimmen. Die Wiederwahl wird dann mit demselben Stimmenergebnis wie die vorhergehende Wahl beschlossen.

Regiebau oder Wohnungsbau A.G.S.

Diese Frage, die schon so oft im Plenum gestanden, war gestern ebenfalls wieder auf der Tagesordnung. Es handelte sich in diesem Fall um die Übernahme der selbstbürgerlichen Schul durch die Stadt und um die Gewährung eines mehrere Hunderttausende betragenden Darlehens. Auf das ganze Problem kommen wie in den nächsten Tagen zurück. Genosse Gabel kennzeichnete die sozialdemokratische Theorie und Praxis an diesem Beispiel. Er zeigte, daß die SPD wohl in ihrem Programm die Kommunalisierung stehen habe, aber nichts unternehmen, um dieselbe durchzuführen. Im Gegenteil, die Praxis im Dresdner Stadtparlament zeigt gerade, daß man bedenkenlos die Gründung einer Privatgesellschaft fördert, angeblich, um einige hundert Wohnungen billig zu errichten. Dass bei diesem Projekt eine nicht untergeordnete Rolle die Aufsichtsräte spielen, dürfte nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen sein. Wenn also

angemessene Miete 130 Prozent

sollte schon angegeben werden, so eröffnet das ganz neue Aussehen. Dieses Projekt zeigt wieder einmal, daß die bürgerliche Gesellschaft tatsächlich die Wohnungsnot nicht ernsthaft bekämpfen will und kann. Das ganze Problem erschöpft sich bei diesen Herrschäften in einem planmäßigen Abbau des Mieterhauses und dem Heraufzählen der Mieten ins unendliche. Die sozialen Baugenossenschaften und Siedler werden die Leidtragenden bei diesem Projekt mit sein. Ihnen wird man in Zukunft die Mittel ganz verweigern, zumindestens stark einschränken. Trotzdem die Stadt ungeheure Summen geben soll, haben die Stadtverordneten keine richtige Kontrolle über die Tätigkeit der sogenannten Gemeinnützigen Wohnungsbau A.G.S. Für uns kommt in Betracht, daß Wohnungen erstellt werden, deren Mieten für den Arbeiter erträglich sind, das ist hier nicht der Fall. Wir lehnen deshalb dieses Projekt ab und fordern, daß der Wohnungsbau in eigener Regie übernommen wird.

Bei der Befreiung der Ratsvorlage merkt man erst so recht deutlich, daß die Befürworter sich in ihrer Haut selbst nicht so wohl fühlen, weil sie nur zu genau wissen, daß das ganze nur eine vorgegaukelte Fata Morgana ist. Genosse Schrapel zeigt denn auch an Hand dieser schwachen Befreiung, daß etwas faul im Staat Dänemark sein muß. Die Befreiung von Mieteln unter solchen Umständen ist geradezu unverantwortlich. Die Ratsvorlage wurde bei der Abstimmung mit Mehrheit beschlossen.

Beihilfe an Gemeindearbeiter

Nunmehr kam folgender Antrag des Genossen Lade zur Behandlung:

„Kollegium sollte beschließen, den Rat zu eruchen, allen bei der Stadt Dresden beschäftigten Arbeitern von dem

vereinbarten Vorzuhause von 30 RM, der in Anbetracht der Notlage der Gemeindearbeiter zur Auszahlung gelangt, 15 RM zu erlassen.“

Große Lade schildert in längeren Ausführungen die Rot, in der sich die Gemeindearbeiter durch ihre niedrigen Löhne befinden, und erucht um Annahme des Antrages. Für die SPD spricht Spottle (Betriebsrat bei der Stadt). Er erklärt, daß seine Fraktion gegen den Antrag stimme, denn „durch den Antrag werden die Arbeiter glauben, die Gewerkschaften seien unnötig“. Im übrigen halten sie sich an die getroffenen Abmachungen. In scharfen Worten geißelt Genosse Wagner diese arbeiterfeindliche Stellung der SPD den Gemeindearbeiter gegenüber und erklärt, Spottle ist es hier sehr leicht gewesen, eine solche Rede zu halten, wenn er es draußen bei den Gemeindearbeitern in den Werkstätten getan hätte, da wären ihm die Gemeindearbeiter bestimmt die Antwort nicht schuldig geblieben. Hier, wo es gilt, den Gemeindearbeitern zu helfen, da zeigen die Sozialdemokraten ihr wahres arbeiterfeindliches Gesicht. Die Ausführungen Spottles, betr. der Gewerkschaften, sind nur Heuchelei, denn gerade Spottle weiß sehr gut, daß die Kommunisten sehr stark für die Gewerkschaften eintreten. Wie aber die Bureaucratie den Willen der Mitglieder geradezu mit Füßen treten, zeigt am besten die Ausführung des Beschlusses betr. der Ablehnung des Schiedsgerichts mit vier Fünftel-Mehrheit. Die SPD ist durch ihren Bürgermeister gebunden, dessen „keine Ausgabe ohne Bedeutung“ ist ja jetzt Parole der SPD. Die Gemeindearbeiter werden auch die Antwort nicht schuldig bleiben! Nach dieser freudigen Absicht ergreift Spottle nochmals das Wort, um die SPD-Fraktion aus ihrer heissen Lage zu retten. Da er nicht auf die sachlichen Ausführungen des Genossen Wagner antworten kann, verdächtigte er in der der SPD eigenen dreigelenkigen Welle den Genossen Stadtrat Gruner. Dabei weiß Spottle ganz genau, daß Gruner im Stadtparlament auf die hässliche Verdächtigung dieses sauberen Kerls nicht antworten kann. Darauf spuktet er und seine Fraktion, doch die Machenschaften wurden bald entlarvt als das, was sie waren: Ein plumpes Lügenmanöver. Nach den Ausführungen Spottles soll Genosse Gruner im Jahre 1922 (!) bei einem Feier, die für die im Weltkrieg gefallenen städtischen Arbeiter abgehalten wurde, entgegen dem Beschluss des Gesamtbetriebsrates einen Kranz mit schwarzer Schleife auf Wunsch des Oberbürgermeisters (!) niedergelegt habe, obwohl der Betriebsrat beschlossen hatte, einen Kranz mit roter Schleife niederzulegen. Dieser Schwindel wurde sofort von den Genossen Gabel und Werner als solcher entlarvt.

Döllisch als Bittel des Oberbürgermeisters!

Auf die Anwürfe Spottles versuchte Genosse Gruner zu antworten und verlangte deswegen vom Stadtverordnetenvorsteher

das Wort. Döllisch aber verweigerte auf Hinweis auf die Geschäftsordnung Gruner das Wort und riefte Jo Spottle vor der Abfahrt durch Gruner selbst. Das ganze hatte den Anschein eines wohl abgespielten Spiels. Spottle arbeite nach der Methode: verleumde nur draußen los, etwas bleibt schon hängen. Tatsache ist, daß Genosse Gruner den Beschluss des Betriebsrates gemäß spricht Spottle (Betriebsrat bei der Stadt). Er erklärt, daß seine Fraktion gegen den Antrag stimme, denn „durch den Antrag werden die Arbeiter glauben, die Gewerkschaften seien unnötig“. Im übrigen halten sie sich an die getroffenen Abmachungen. In scharfen Worten geißelt Genosse Wagner diese arbeiterfeindliche Stellung der SPD den Gemeindearbeiter gegenüber und erklärt, Spottle ist es hier sehr leicht gewesen, eine solche Rede zu halten, wenn er es draußen bei den Gemeindearbeitern in den Werkstätten getan hätte, da wären ihm die Gemeindearbeiter bestimmt die Antwort nicht schuldig geblieben. Hier, wo es gilt, den Gemeindearbeitern zu helfen, da zeigen die Sozialdemokraten ihr wahres arbeiterfeindliches Gesicht. Die Ausführungen Spottles, betr. der Gewerkschaften, sind nur Heuchelei, denn gerade Spottle weiß sehr gut, daß die Kommunisten sehr stark für die Gewerkschaften eintreten. Wie aber die Bureaucratie den Willen der Mitglieder geradezu mit Füßen treten, zeigt am besten die Ausführung des Beschlusses betr. der Ablehnung des Schiedsgerichts mit vier Fünftel-Mehrheit. Die SPD ist durch ihren Bürgermeister gebunden, dessen „keine Ausgabe ohne Bedeutung“ ist ja jetzt Parole der SPD. Die Gemeindearbeiter werden auch die Antwort nicht schuldig bleiben! Nach dieser freudigen Absicht ergreift Spottle nochmals das Wort, um die SPD-Fraktion aus ihrer heissen Lage zu retten. Da er nicht auf die sachlichen Ausführungen des Genossen Wagner antworten kann, verdächtigte er in der der SPD eigenen dreigelenkigen Welle den Genossen Stadtrat Gruner. Dabei weiß Spottle ganz genau, daß Gruner im Stadtparlament auf die hässliche Verdächtigung dieses sauberen Kerls nicht antworten kann. Darauf spuktet er und seine Fraktion, doch die Machenschaften wurden bald entlarvt als das, was sie waren: Ein plumpes Lügenmanöver. Nach den Ausführungen Spottles soll Genosse Gruner im Jahre 1922 (!) bei einem Feier, die für die im Weltkrieg gefallenen städtischen Arbeiter abgehalten wurde, entgegen dem Beschluss des Gesamtbetriebsrates einen Kranz mit schwarzer Schleife auf Wunsch des Oberbürgermeisters (!) niedergelegt habe, obwohl der Betriebsrat beschlossen hatte, einen Kranz mit roter Schleife niederzulegen. Dieser Schwindel wurde sofort von den Genossen Gabel und Werner als solcher entlarvt.

große Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu SPD.

die den Antrag abwürgte. Fürwahr, nette Arbeitervertreter die Sozialdemokraten! — Als letzter Antrag in diesem Jahr wurde ein Antrag, der sich mit der dreiwöchigen Kartenzzeit der Saisonarbeiter beschäftigt, behandelt. Neben der Befreiung der Verordnung vom 12. Dezember 1927 wird vom Rat verlangt, daß er die Saisonarbeiter von sich aus unterstützt. Genosse Schneider zeigt, daß es sich hier um einen ganz gewöhnlichen Täuschungsantrag handelt, denn die SPD weiß sehr gut, daß dieser Antrag, soweit er die Finanzen der Stadt betrifft, im Rat von den eigenen Parteigenossen der SPD abgelehnt wird. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages. Damit war die Tagessordnung erschöpft. Es folgte die am Jahresende übliche Selbstbewährungsrede mit dem üblichen „Danke an alle“, die „für alles gearbeitet“. Wie die Arbeit für das Gesamtwohl ausgehen hat, davon haben die Werktagen Dresdens so manches Beispiel bekommen.

„Verbot der Weihnachtsfeier“ durch den kommunistischen Stadtrat

Vom Stadtrat Genosse Lewinsohn erhalten wie folgende Mitteilung:

„In der gestrigen Stadtverordnetensitzung stellte der deutschnationale Stadtrat Böhl eine Anfrage, in der er den Rat fragt, ob es den Tatsachen entspricht, daß im Rentnerheim Niederschönitz die Abhaltung einer Weihnachtsfeier durch den kommunistischen Stadtrat Lewinsohn verboten worden sei, und was der Rat im Falle, daß die Mitteilung auf Wahrheit beruht, zu tun gedient, um derartige Übergriffe, die geeignet sind, die inneren Gefühle nicht nur der Heiminsassen, sondern auch eines großen Teiles der Dresdner Bevölkerung auf das tiefste zu verleihen, in Zukunft zu unterbinden. Die Anfrage stützt sich auf einen Artikel der Dresdner Nachrichten vom 27. 12. 1927, beschriftet: „Auch ein Dresdner kommunistischer Stadtrat verbietet die Weihnachtsfeier.“ Dieser Artikel ist in seinem wesentlichen Inhalt durchweg unrichtig. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde nur die Anfrage durch den „Rat“ beantwortet. Diese Beantwortung bedeutet eine unerhörte Umgebung des Verwalters durch den Oberbürgermeister Dr. Blüher. Die Anfrage wurde mir als Verwalter durch den Oberbürgermeister nicht vorgelegt, bei der Beantwortung der Anfrage wurde ich, als der Verwalter des Rentnerheims, gar nicht befragt. Das ist nur zu verstehen als eine Handlung des Vollsparteileiters Blüher gegen den kommunistischen Stadtrat. In diesem politischen Kampf wendet der Oberbürgermeister Dr. Blüher, seiner politischen Erfahrung entsprechend, in aller Brutalität die parlamentarischen Maullöserschläge an. Unter Ausnutzung der Ratsgeschäftsordnung verweigerte der Oberbürgermeister mir als Verwalter, daß ich eine öffentliche Anfrage des Stadtverordneten Genossen Schrapel beantwortete und damit dem Antragsteller die richtige Antwort geben konnte. Diese Tatsache zeigte die Anfrage eindeutig als deutschnational-vollsparteiliches Manöver gegen den kommunistischen Stadtrat.“

Die Antwort, die der Rat — in Wirklichkeit nur der Oberbürgermeister — gab, konnte unter Umgehung des Verwalters nur zu einer unfaßlichen Antwort werden, sie entspricht lediglich der subjektiven Anschauung des Oberbürgermeisters bzw. seines Gewährsmannes.

Zur Mitteilung der Dresdner Nachrichten sei gesagt, daß es unwahr ist, daß ein Verbot für eine Weihnachtsfeier überhaupt ausgeprochen wurde. Es ist von mir lediglich gefordert worden, daß die den Verwaltungen auferlegte parteipolitische Neutralität auf dem Gebiet der lutherischen Parteipolitik eingehalten wird. Lediglich eine entgegen, dem Willen des Verwalters angelegte Weihnachtsfeier wurde verboten und das Stattfinden zu späterer Zeit gefordert, und zwar am 24. 12. 1927. Die Notiz der Dresdner Nachrichten steht vor Unrichtigkeiten festgestellt sei nur, daß sämtliche Rentner auf vorgelegte Fragen über: „Was bedeutet eine religiöse Weihnachtsfeier?“ eine eindeutige Antwort erhalten haben. Es ist ihnen klar gesagt worden, daß es dabei um Vorträge und Liederlexika handelt, die den dogmatischen Sinn der Weihnachtsfeier zum Ausdruck bringen. Soweit dies bei Befragung von 39 Rentnern und Rentnerinnen in der Zeit von 11 Uhr bis 17 Uhr möglich ist, gehabt dies sehr ausführlich. Ich bin überzeugt, daß Rentner ihre Meinung nur geändert haben, weil sie von einigen Herren sonst erwarten mußten, boykottiert zu werden, wie es in einem anderen Falle bereits geschehen ist.

Die Anfrage, die der Rat — in Wirklichkeit nur der Oberbürgermeister — gab, konnte unter Umgehung des Verwalters nur zu einer unfaßlichen Antwort werden, sie entspricht lediglich der subjektiven Anschauung des Oberbürgermeisters bzw. seines Gewährsmannes.

Die ganze Angelegenheit zeigt nur, daß die herrschende Kluft, deren treffender Vertreter Dr. Blüher ist, auf die Demokratie pfeift, soweit sie den eigenen Interessen zuwidert. Diese Kampfslogie der reaktionären Parteien hat den einen Erfolg, aus dem Dunkel des Rates einen typischen Lichtstrahl leuchten zu lassen.

Die Berufswahl steht vor der Tür

Manche Eltern bedrängt die Sorge um die fernere Zukunft des Kindes, wenn es zur Osterzeit zur Schulentlassung kommt. Was soll die Tochter oder der Sohn lernen? Welche Möglichkeit bietet sich für ein weiteres Fortkommen? Eine Antwort auf diese Frage ist schwer. Eine Anzahl Berufe leiden an großer Überfüllung, so daß die jungen Kräfte nach beendeter Lehre vor einem Nichts stehen und nur schwer in ihrem Beruf untersuchen können. Zu den Berufen, die an dieser Überfüllung leiden, gehört auch der Kaufmännische.

Nach einer neuen Feststellung ist heute jeder gehörte Gewerbesloje ein Angestellter.

Unzählige wurden in den letzten Jahren aus dem Angestelltenverhältnis entlassen. Sie sind abgebaut worden und finden auf unbekannter Zeit auch kein Unterkommen. Diese Tatsache muß deshalb bei jeder Berufswahl hinzehend beachtet werden, und die Voraussetzung für ein Fortkommen im kaufmännischen Berufe ist Eignung und Gesundheit. Es wird leider häufig der Fehler gemacht, daß gerade die schwächeren Kinder für diesen Beruf vorgesehen werden, der so unglaublich viel Nerven und Ausdauer erfordert. Daher sollten die Eltern zunächst einmal selbst prüfen und die entsprechenden Stellen für die Berufsbewertung dabei in Anspruch nehmen, ob die Tochter oder der Sohn im Falle der Reise auch die Eignung für diesen kaufmännischen Beruf aufbringen. Die Eltern sind die größte Sorgfalt in dieser Beziehung sich selbst und vor allem ihrem Kinde schuldig. Der Zentralverband der Angestellten, Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten, steht in diesem Falle gleichfalls mit Rat und Tat zur Seite. Mit seinen annähernd 700 Ortsgruppen in allen größeren und vielen kleinen Orten stellt er die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten dar. Die Dresdner Ortsgruppe befindet sich Serestraße 5, 1. Sie ist zu Beratern gern bereit.

Elternräte für die Befreiung religiöser und monarchistischer Inschriften

Eine Entschließung.
Die weltlichen Elternräte sämtlicher Volksschulen von Neu- und Antoniadi begrüßen den Beschluss der Stadtverordneten, daß in den Dresdner Schulen alle religiösen und monarchistischen Inschriften entfernt werden. Sie sehen darin eine Maßnahme, der Elternschaft, der durch sie vertreten ist, zu seinem Recht nach der Reichsverfassung zu verhelfen.

Sie erwarten weiter, daß sich das Stadtverordnetenkollegium durch Anträge und Forderungen sowie durch Zeitungsgrütel lassen wird, beim Rat zu Dresden auf die Durchführung dieses Beschlusses zu beobachten.

Sie legen schon jetzt dagegen Verwahrung ein, daß etwas verübt werden könnte, die Durchführung dieses Beschlusses zu verzögern oder zu verhindern.

Berichtsstätte der weltlichen Elternräte
Dresden-Neu- und Antoniadi.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport und Arbeiterbewegung

Auch die Jugend gehört uns.

Ganz selbstverständlich ist es, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund das größte Gewicht darauf legen muß, auch die Arbeiterjugend geregelter Körperspflege auszuführen. Sehr zu loben kommt ihm der ungünstige Drang der Jugend nach körperlicher Bewegung, und die jauchzende Freude am Ausüben. Die wilde Ungebundenheit jugendlichen Ausstossens in die richtigen Bahnen geregelter Selbstübungen zu bringen, das ist die Aufgabe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Von Wichtigkeit ist hier der Umstand, daß Turnen, Sport und Spiel in der Richtung jugendlichen Dranges nach Befriedigung liegen. Veldes, jugendliches Ausüben und systematische Körperspflege, glücklich miteinander zu verbinden und im Interesse proletarischer Jugendziehung auszuüben, ist eine nicht leichte, aber dankbare Aufgabe. Über sie muss und wird gelöst werden. Berthebungsoolle Inungen sind dazu gemacht, und es kann nur mit Sizolz und Selbstbewußtsein erfüllt, daß auch diese Aufgabe aus eigener Kraft zu lösen beginnen ist und gelöst wird.

Die spielerisch-sportliche und die es wollende Arbeiterjugend gehört in den Arbeiter-Turn- und Sportbund. Je früher die Jugend dem Rahmen des Ganzen eingegliedert und mit dem Kultus der Arbeiterbewegung erfüllt wird, um so schneller geht die Vorbereitung der Arbeiterjugend. Dennoch kann nicht die Zeit auf die Kraft erwartet werden, die mühevole Arbeit erst bei den Erwachsenen zu beginnen. Was die Arbeiterturner und -sportler für die Aufgabe mit beobachtender Freude herangehen läßt, das ist die Tatsache, daß sie der Jugend stets vor Augen halten können: Was wir tun, und was wir mit uns schaffen, das ist der Bau einer eigenen Zukunft. Der Gestaltung einer besseren Zukunft gilt unterstreichen. Und je mehr, je früher und je intensiver ihr auch um das Werden der kommenden Gesellschaft kümmert, um so mehr werden ihr den Weg zu eurem eigenen Nutzen führen.

Die Jugend muß zu körperlich gesunden und geistreichen Klatschlämpeln herangezogen werden, die mit dem durch das Kriegsgefühl ausgelösten Selbstvertrauen, auf eigene Kraft und Stärke basierend, den Kampf um wahres Menschenium unbedrängbar und mit doppelter Eifer führen werde. In diesen Gedanken offenbart sich eine große und ernste Aufgabe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Er hat die Verpflichtung als Arbeiter-Turn- und Sportbund, die Jugend im Geiste des höheren Kulturstrebens des Sozialismus zu erziehen ...

Nun an den Staat

Nach diesem Grundsatz arbeitet die Deutsche Turnerschaft und führt dabei nicht schlecht, wie aus folgendem zu erkennen ist. Der Polizei-Turn- und Sportverein Rosstal, dessen Handballmannschaft Deutscher Turnerschaftsmeister ist, wurde aufgelöst. Auf Bitte der Deutschen Turnerschaft sind 8 Spieler der Mannschaft nach Heidelberg versetzt worden. Da, da ist man einfach auf, wie das alles geht. Um einer privaten Turnerorganisation ihren Meister zu erhalten, werden von Staats wegen die Spieler dienstlich dorthin versetzt, wohin es eben die Deutsche Turnerschaft wünscht. Vielleicht sind in Heidelberg drei noch ältere spielende Polizisten Stationiert, als die in Rosstal zufällig waren, so daß der Deutsche Turnerschaftsmeister durch eine regelrechte Staatsaktion wesentlich verstört worden ist. Das ist die Deutsche Turnerschaft, in deren offiziellen Organ man jeder und jedes Jährlein über den Sport- und Spielmäßigkeiten „jammert“, und das ist der Staat, in dem nach einer Verfolgung des Reichsministeriums den Arbeitersport- und Kultursvereinen vom Militärfiskus gepacktes Gelände entzogen wird. Der Staat wird dadurch recht treffend charakterisiert.

Scherenschnitte aus einer bürgerlichen Sportzeitung

„Ritter“ (Nürnberg), 13. Dezember 1927

Der feindselige Universitätsverband Italiens ruft die Studenten zur Pflege des Rugbyspiels auf. Im Zirkuslokal sieht: „Dieses Spiel sollte aus verschiedenen Gründen unter National-Sport werden; es ist, wie kein anderes, dazu angeeignet, die Moral Italiens zu heben.“

Die Sammlung für unser Jugendheim schreitet so langsam fort, daß wir unter Ziel, dem Verband vor Abschluß dieses Jahres 10.000 RM überweisen zu können, nicht erreichen werden, falls die Bezirkskampavereine und die Vereine überhaupt nicht besser ziehen. Es ist eine traurige Erbscheinung, daß sehr viele Clubs mit überaus hohen Wettspielenahmen für die Idee der Wehrhaftigkeit bisher gar nichts übrig hatten.“

Aus vielen Berichten der Spiele des letzten Sonntags holt das grausame Bild von Untertanen Roheit und Brüderlichkeit wider, aus Nürnberg, Stuttgart, Trier, Hessenheim. Das Piratenkrieg Spiel musste sogar unter Polizeiaufsicht ausgetragen werden. Vor acht Tagen kamen diesbezüglich Klagen aus anderen Orten unseres Verbandsgebietes.“

Der Verbandstag des badischen Leichtathletenverbands verlief glatt, ohne irgendwelche überausdrückliche Störung. — Chirurgen und ehrende Anfragen gab es massenhaft. Erst um 12 Uhr wurde das Arbeitsprogramm in Angriff genommen.“ lbd.

Neujahrssubball

Zöblitz 1—Schönbach 1. Wenn auch Potschappel den Schachmühlen unterlag, wird jedoch der Bezirksspieler sich diese Blöße nicht geben. Ein recht interessantes Spiel ist zu erwarten (14.15).

99 Raditz 1—Pieschen 1. Werden sich auch die Pieschener von den Sportfreunden ein Unentschieden abtreten lassen? Cotta vermochte gegen die Zweiklassigen nicht zu siegen (14).

Kötzschkenbroda 1—Fortschritt 1. Vor kurzem unterlagen die Döbriener gegen die 2. Elf des DSB. Gegen den diesmaligen Gegner müssen sie mehr zögern (14).

Pieschen 1—VfB 12 1. Die noch jungen, doch unternehmungsfähigen Pieschener verloren es jetzt mit stärkeren Gegnern. Sie sollten glänzend abschneiden (14).

Untere Klassen. Süd 2—Striesen (10); Radeberg 2—Schwepnitz (14); Potschappel (tom); Döbeln (14); Sportfreunde 2—Hänichen 1 (14); Pieschen 2—DSB 2 (8.20); DSB 2—Zöblitz 2 (?); Helios 2—Sörnewitz 2 (14.20); Helios 4—Kötzschkenbroda 3 (13); Friedrichstadt 3—Vitzig 3 (11); Döbeln 1—Ottendorf 1 (14); Döbeln 2—Ottendorf 2 (12.20); DSB 4—Pieschen 4 (14).

Vereine! Insolge plötzlicher, schwerer Erfahrung eines Mitgliedes der Bezirksspielerkommission sind wir 1928 in der Lage, für den Neujahrssonntag Bezirksspieler zu den Fußballspielen zu entsenden. Wir bitten die in Frage kommenden vier Vereine einmal selbstständig zu handeln und plakatlich um 17 Uhr an die Nr. 27 312 durch einen beßrigten Genossen den Spielverlauf mitzuteilen. Am nächsten Sonntag ist die Karte behoben.

Fußballabteilung Cotta. 6. Januar wichtige Versammlung. Neue Anschrift: Vorstand Alfred Pittrich, Dresden-Cotta, Klosterstraße 25. Zuschriften: Walter Eder, Dresden-Cotta, Klosterstraße 25.

Fußballverein DSB 10. Dienstag, den 3. Januar 1928, 20 Uhr, wichtige Sitzung. TO: 1. Neuwahl, 2. Verabschiedenes. Alle Sportler und Sportlerinnen müssen erscheinen!

Freier Turn- und Sportverein Köthkenbroda. 31. Dezember Silvesterfeier im Heiteren Blick. Beginn 10 Uhr. 21. Januar Hauptversammlung derselbst. Anträge bis 15. Januar an den Vorsitzenden.

Fußballabteilung Köthkenbroda. Freitag den 30. Dezember 20 Uhr in der Turnhalle Spielauftaktung. Sonntag den 1. Januar 14 Uhr im Gasthof Jahreshauptversammlung der Fußballabteilung.

Freier Turn- und Sportverein Rabenau. Die Einschärfung unserer Turngenossen Bernd Schubert findet am Sonnabend den 31. Dezember 14.45 Uhr statt. Die Turngenossinnen und -genossen treffen sich 14.15 Uhr am Krematorium Tollwitz. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Freier Turn- und Sportverein E. V. Hainsberg-Lohmannsdorf. Sonnabend den 7. Januar 19 Uhr Generalversammlung im Rest. g. A. Grund (Vinkle), kleiner Saal. Anträge schriftlich bis 4. Januar an den Vorsitzenden. Turnratschung am 4. Jan. im Rest. g. Lindengarten 19.30 Uhr. Berichte der Funktionäre sind sofort abzugeben.

Leichtathletik

Aus der Kreissporttauschauführung

Nachdem die Arbeiten des Ausschusses in allen das Kreisfest betreffenden Angelegenheiten über das Stadium der Beratung hinausgegangen sind, bilden die einzelnen Spezialfragen jetzt Gegenstand eifriger Beratung. Das gesamte technische Material, das zum größten Teil schon durch die Kreisspreche veröffentlicht wurde, wird nochmals zusammengefaßt und in der vom Gesamt-Kreis herausgegebenen Broschüre verarbeitet. Eine diesem Material beigefügte vorläufige Teileinteilung dient den meldenden Genossen zur besseren Orientierung in bezug auf ihre abzugebende Meldung. — Der alljährliche Kreisfragebogen hat eine Neuorientierung erfahren und geht den Bezirkssportwartnern in Hände. Der dabei festgesetzte Ablieferungstermin ist im Interesse einer geregelten Statistik genau einzuhalten. — Die im Haushaltplan des Gesamt-Kreises für die Leichtathletiksparte eingesetzte Summe wird zum großen Teil für die im ersten Halbjahr 1928 stattfindenden Kampfleistungskämpfe verwendet. Dieselben werden in Bezirkverbänden durchgeführt und haben eine vorläufige Einteilung wie folgt erlaubt: 2., 9. und 10. Bezirk am 20. April in Dresden; 4. und 12. Bezirk am 6. Mai in Löbau; 3., 5., 13. und 15. Bezirk am 13. Mai in Chemnitz; 6., 7. und 8. Bezirk am 6. Mai in Zengenfeld; 1. und 11. Bezirk am 13. Mai in Oschatz. Besondere Sorgfalt soll der Belehrung dieser im Geschäft befonders notwendigen Kurse gewidmet werden. — Die alljährliche Zusammenkunft der Bezirkssportwarte findet Mitte Februar statt. Die Beratungen, vom Geiste ernster Pflichterfüllung getragen, werden sich sicher zum Wohle der Gesamtbewegung auswirken. lbd.

10 000 Wassersportler

mühten zum 3. Sachsischen Arbeiter-Turn- und Sportfest 1928 in Dresden erscheinen. Durch die herzliche Lage des Schlossgeländes (direkt vor dem Wasser) ist jedem Wasserläufer, jeder Wasserradler oder Wasserschwimmer geboten, bei aktiv zu betreibenden Schwimmwettbewerben mitzumachen. Schwimmwettbewerbe sind für alle Altersklassen von kurze und lange Strecken und vorzusehen, außerdem noch Wettkämpfe aus der 100-Meter-Wand im Großen und Kleinen Bad. Die Wasserradler sollen ein Programm auf, um alle Bootsausstattungen zur Verfügung zu bringen. Den Vereinen muss freilich dafür aufgezeigt werden, dass an den Wasserausbildungen solche Wassersportarten nur relativ vertreten. Kein Wasserradler darf an einem Wettbewerb teilnehmen. Nur wenn es so steht, dass das 2. und 3. Rennen Arbeiter-Turn- und Sportfest 1928 (v. d. 22. Juli) in Dresden stattfinden.

Verein für vollständlichen Wassersport, Jugend Altkohl-Ost, Silvesterfeier in der Spechtritzmühle. Treffpunkt Sonnabend 18.30 Uhr Hauptbahnhof, Kuppelhalle. Kommt alle. Wir wollen gemeinsam das alte Jahr befehligen und freudig das neue Jahr, welches ein Jahr der Arbeit werden wird, beginnen. Benachrichtigt eure Eltern, da wir ehrlich mit dem ersten Zug heimfahren.

Arbeiter-Turn- und Sportbund 2. Bezirk. Vereinsschutzwarte! In den nächsten Tagen geben euch je ein Rundschreiben bzw. Bühnenturnen und Fortgeschrittenenkursus zu. Zu beiden Veranstaltungen wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Meldestellen sind plakatlich einzuhalten.

UTSPB, 4. Bezirk, 3. Gruppe. Sonntag den 8. Januar, 14.30 Uhr, findet in Cunewalde, Gasthof Blaue Kugel, Gruppenturntag statt. Berichte, Neuwahl, Kreisfest. Das Ergebnis der Gruppenturnwarte sowie der Delegierten jedes Vereins ist unbedingt Pflicht. Jeder Verein hat seine Mitgliederzahlen aller Abteilungen mitzubringen.

Freie Turnerschaft Neugersdorf. Sonnabend 31. Dezember findet 20 Uhr im Kugelbaum eine Silvesterfeier statt, zu welcher sämtliche Mitglieder geladen sind. Ebenso die Freien Schwimmer und der Freie Sportverein 11.21.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Dresden: 31. Dezember, 1. Januar Jahreswendeier am Zirkelstein. — Jugendabteilung: 31. Dezember Treffen 23 Uhr an der Endstation der Linie 12 (St. Pauli-Kreisfeld). — Alt- und Friedrichstadt: 31. Dezember Wintersonnewend- und Neujahrsfeier in Altfriedland. Jeder bringt ein Austauschgeschenk mit. 18.45 Uhr Wölkisch. — Neustadt: 31. Dezember alles zur Silvesterfeier am Zirkelstein. 1. Januar Nachmittag, Hofewiese. 18.30 Uhr Lazarett. F. Schwipp. — Bauenwiler Grund. 1. Januar Faunenwanderung ins neue Jahr (Poizenwald). 18 Uhr Ebertplatz. F. Otto Kurze. — Hainsberg-Lohmannsdorf: 1. Januar Radonfahrt Wald. 18 Uhr G. L. F. Paterni. — Loschwitz: 31. Dezember Silvesterfeier auf einer Hütte. — Radeberg: 31. Dezember und 1. Januar Dönschten. Führer: Holze. — Radeburg: 31. Dezember und 1. Januar Silvesterfeier in Dönschten. Abfahrt 14.30 Uhr. — Radeberg: 31. Dezember Silvesterfeier im Battenberghaus.

Naturfreunde, Bezirksspielergruppe Alt- und Friedrichstadt. 31.12. zur Jahreswendeier 18.45 Autobus Altmarkt — Obergorbitz. Fahrtzeit 18.45 Uhr in Wölkisch.

Uchtung. Freiescher Naturfreunde am 1. Januar alle zum Kursus nach Dönschten. Genossen Dulik erwartet euch gegen 9 Uhr.

Wintersport 2. Bez. Silvester gemütliches Beisammensein in der Georgenfelder Hütte. Musikinstrumente mitbringen. — Sonntag den 1. Januar 1928 Fuchs-Jagd. Treffpunkt: Georgenfelder Hütte 10 Uhr.

Arbeiterathleten. Sportverein „Herales“. Am 4. Januar 1928, 19.30 Uhr Generalversammlung im Pieschner Hof, Motivtheater.

Wassersportverein Siedlung. Sonnabend den 31. Dezember Silvesterfeier gemeinsam mit der Volksbühne im Deutschen Haus. Anfang 19 Uhr.

Jugendweißbärzelt Leuben. Banngest. Kleinschönbach. Dobrik. Niederschönbach. Es werden alle an unsere für heute Freitag geplante Zusammenkunft auf dem Zugturm erinnert. Abmarsch 18 Uhr vom Bahnhof Niederschönbach. Bringt Ungehörige und gute Laune mit, und sagt es nochmals allen.

SPD / Bezirk Ost Sachsen / Sekretariat
Adress: Sienfeld 11, Dresden-Bautzenstrasse 22, Columbusstr. 92 Tel. 28031. Versammlungen müssen mindestens drei Tage vor dem Ereignisdatum im Sekretariat gemeldet sein. Zustellung in allen Arbeitsräumen jeden Dienstag von 17-19 Uhr.

Uchtung, Stadtteil! Ausgabe der Eintrittskarten für die 22. Kundgebung am 22. Januar im Zirkus am Montag den 2. Januar.

Freitag den 30. Dezember:
Cotta. Straßenzellenversammlung im Lustbad 19.30 Uhr.

Sonnabend den 31. Dezember:
Löbau. Alle Genossen, Jugendgenossen und RFB-Kameraden und ihre Angehörigen treffen sich 19.30 Uhr bei Albin Göbler Bauen. RFB-Genossen und RFB-Kameraden gehen zur revolutionären Silvesterfeier in die Klosterhöhle am Fleischmarkt. Sympathisierende sind hier eingeladen.

Dienstag den 3. Januar:
Stadtteil 2, Straßenzelle C. Versammlung im Rest. Nomad. Jößnerstraße 25, 19.30 Uhr.

Großröhrsdorf. Mitgliederversammlung 19 Uhr.

LB Pirna

Sonnabend, den 14. Januar 1928, 19.30 Uhr, im Volkshaus Pirna, Zimmer 2

Konferenz aller Agitproleter der Betriebe, Straßen- und Dörfzellen, Ortsgemeinden, Arbeitsgebiete, sowie aller Korrespondenten und Berichterstatter. Das Erscheinen eines jeden Genossen ist erforderlich. — Der Funktionär Nr. 12 wird den Genossen zum besonderen Studium empfohlen. — Anwesend el. Vertreter des Bezirks. — Bedürftige Nachquartiere sind sofort zu melden.

Kommunistischer Jugendverband

Sonnabend den 31. Dezember:
Johannstadt. Auf nach Königstein. Wir treffen uns 16.30 Uhr in der Kuppelhalle des Hauptbahnhofs.

Jung-Spartakus-Bund

Groß-Dresden. Dienstag den 3. Januar pünktlich 19 Uhr Polizei- und Helferschaltung im Parteibureau. Bericht von der Reichsleitung-Schule. Kein Genosse darf fehlen. Fragebogen vom Dezember nicht vergessen.

Roten Frontkämpferbund

Groß-Ost Sachsen. Die Abrechnungen für Monat Dezember sind sofort zu tätigen.

Groß-Dresden. Die Zeitungen für die zweite Dezemberhälfte sind noch abzuholen.

Sonnabend den 31. Dezember:
Abteilung 4 trifft sich 20 Uhr in Schmidt's Restaurant, Alunastraße. Kapelle ohne Instrumente.

Heidenau. 20 Uhr Unterhaltungsabend in der Reichskrone. Bringt Gäste mit.

Freital. Alle Spieler der Schalmekenslavette haben dem Befehl für Sonnabend den 31. Dezember Folge zu leisten. Auch findet Dienstag den 3. Januar 19.30 Uhr im Kinderheim eine Spielleiterfahrt der Schalmekenslavette statt. Sämtliches Inventar ist mitzubringen. Kein Spieler darf fehlen.

Note Jungfront

Groß-Dresden. Abteilungen 3, 5, 7, 10 Material im Gaubüro abholen.

Note Hilfe

Montag den 2. Januar:
Freital. Die Abrechnung findet von 19 bis 20 Uhr beim Gen. Pokorný, Bürgerstraße 5, statt. Alle Unterhalter sind pünktlich zu erscheinen.

Verband für Freudenfertum und Gewerbeschaltung

Pöhlwitz-Schandau u. Umg. Anmeldungen zur Jugendwoche müssen bis Ende Januar 1928 abgegeben werden. Alle Käferer nehmen dieselben entgegen.

Rundfunk

Freitag den 30. Dezember:

16.30—18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters.

18.05—18.30 Uhr: Leseprobene aus den Neuerscheinungen auf dem Bühermarkt.

18.30—18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Gleibel und Sektor Mann: Englisch für Ansänger.

Freigewerkschaftlicher Weihnachtsgottesdienst

Die neueste Spezialität des Reformismus — eine „rein gewerkschaftliche“ Frage

Das Beispiel der Tagungsgeellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit seinem Vizepräsidenten hat Schul gemacht. Hat der Bundesvorstand einmal A gefragt — dann dieser funktionierte den unglaublichen Brief der Tagungsgeellschaft an die Leitung der Freidenker, wo es hieß:

„Das Neue Testament ist immer noch eins der Bücher, das diese für jedermann beherzigende Gedanken enthält...“ — „So glaubte der Hauptvorstand des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Hotels, Restaurants und Kaffees. Angestellten lagern zu einem Weihnachtsgottesdienst im Berliner Dom aufgerufen.“

So wurde denn das bisher in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nie Dagewesene, das Unterhöfteste zur Tat: In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag fuhren an die tausend männliche und weibliche Gastwirtschaftsangestellte im Berliner Dom, der Hofkirche Wilhelms II., und sangen und beteten abwechselnd nach folgender „Gesetzordnung“:

Orgelspiel:
Improvisation über das Weihnachtslied „Tochter Zion, treue dich“.

Chor:

Heilige Nacht, heilige Nacht... von E. Schreiner.

Gemeinsamer Gesang:

Dies ist die Nacht, da mir erschienen des großen Gottes Freundlichkeit.

Alt.: Eingangspruch:

Machet die Tore weit und die Türen in der Welt hoch,

dah der König der Ehren einzkehrt!

Gemeinsamer Gesang:

Komm, o mein Heiland Jesu Christ.

Vit.: Weihnachtsgeschichte:

Erster Teil, Lukas 2, 1 bis 20.

Chor:

Ach, mein herzliebes Jesulein, mach dir ein rein sanft Bettlein, zu ruhn in meines Herzens Schrein.

Gemeinde:

Stille Nacht, heilige Nacht!

Weihnachtsansprache:

Pfarrer Dr. Antonowitsch.

Gemeinsames Lied, Gebet und Segen.

Gemeinde:

O du fröhlich, o du selige.

Orgelausfluss.

Die Moritz Richter und Rudolf Ströhlinger vom Hauptvorstand des Gastwirtschaftsverbandes hatten in ihrem Aufruf zum Besuch des Weihnachtsgottesdienstes hinterhältig verschwiegen, daß die Gestanisprache ein leibhaftiger Pfarrer halten wird, sie redeten nur von einem Herrn Antonowitsch aus Lichtenfelde. Wer also bis Donnerstag nach 12 Uhr immer noch glauben möchte, daß es sich nicht um eine ausgesprochen religiöse Feier handelte, der wurde durch die Predigt eines Pfarrers bestehlt; diese hieß der Pfarrer Antonowitsch, und er sprach über das Weihnachtsevangelium. Er griff sich hierbei folgenden Satz heraus:

„Und sie (Marie) gab ihren ersten Sohn und wiederte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe, denn sie hatte sonst keinen Raum in der Herberge.“

Mit der „Herberge“ meinte er in übertragendem Sinne das Herz der Gastwirtschaften, die es immer noch sträflicherweise verabsäumen, Gott in ihrem Herzen Raum zu geben.

Selbstverständlich ließen sich die Pfaffen die günstige Gelegenheit, daß ihnen so seltene Schäfchen von Reformisten in den Pfarr getrieben wurden, nicht entgehen, um auch für deren zukünftige Beeinflussung zu sorgen. Deshalb wurde an alle Gottesdienstbesucher noch ein Weihnachtsbüchlein zur „Erbauung in stillen Stunden“ gratis verteilt.

Das ist also die Weihnachtsbotschaft des Hauptvorstandes des freigewerkschaftlichen Gastwirtschaftsverbandes an seine Mitglieder. Denn wenn auch der Anfang zum Besuch des Gottesdienstes nicht noch einmal ausdrücklich das Signum des Hauptvorstandes trug, so steht doch ein für allemal fest, daß die „Gastwirtschaftsgehilfen-Zeitung“, die zum Besuch des Gottesdienstes aufgesordnet hat, das offizielle Organ des Hauptvorstandes ist; also jedes Wort, wenn nicht ausdrücklich anders bemerkt, ist das Wort des Hauptvorstandes.

Im Namen des Hauptvorstandes redigiert die „Gastwirtschaftsgehilfen-Zeitung“ Moritz Richter. Derleicht Richter, der bis 1918 bei den Gelben, beim Internationalen Körbe-Verband herumspukte, bis er dann bei den Freigewerkschaftern ein Unterkommen fand. Er ist derselbe Richter, der einmal folgenden Satz geprägt hat: „Man muß sich in die Lage eines kleinen Gastwirts versetzen, der z. B. nur einen Koch beschäftigen kann; wie soll der denn bei 20stündiger Geschäftsstunde nur acht Stunden arbeiten lassen können?“ Das ist die Auffassung Moritz

Richters über das vornehmste und heiligste Ziel der Internationalen Arbeiterbewegung, den Arbeitsschutzztag. Wenn man in dieser Frage sitzt auf den Standpunkt des Unternehmertums stellt, dann ist es ganz logisch, zur Teilnahme an einem Weihnachtsgottesdienst aufzurufen. Denn nur durch die Religion können die Köche und Kellner so verhunnt werden, daß sie zwanzig Stunden pro Tag arbeiten müssen.

Doch die Mitglieder des Gastwirtschaftsverbandes werden sich diese ungeheuerliche Provokation der Hauptverwaltung nicht gefallen lassen. Kategorisch werden sie nicht nur auf der Berliner Generalversammlung Rede und Antwort von den Verantwortlichen verlangen, sondern auch der Verbandsstag wird sich entscheiden müssen, ob er das Neue Testament oder das Kommunistische Manifest, die Nord-, Diebes- und Thebräugeschichten aus der Bibel oder die Lehre des historischen Materialismus von Karl Marx zum Zeitgedanken auch des freigewerkschaftlichen Gastwirtschaftsverbandes machen will. Marx hat aber schon vor siebzehn Jahren erklärt: Religion ist Opium für das Volk! Soviel aber läuft sich heute schon sagen: dieser Weihnachtsgottesdienst für die Gastwirtschaftsgehilfen ist ein weiteres Beispiel für die abgründige Ideologische Verkommenheit der reformistischen Bürokraten an der Spitze der deutschen Gewerkschaften.

Kapital und Arbeit im Jahre 1927

Wie groß die Profite sind, die das Kapital Jahr für Jahr einheimst, das erfährt die Öffentlichkeit nicht. Die Bilanzschleierung ist namentlich seit dem Krieg zu einer wahren Kunst entwickelt worden. Auch sind ja nur die Aktiengesellschaften zu öffentlicher Rechnungsablegung verpflichtet, und sie bilden nur einen Teil des die deutsche Arbeitskraft ausdeutenden Kapitals. Nun hat die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ vor kurzem einige Ziffern über die Bilanzen der Aktiengesellschaften 1925/26 veröffentlicht, also nicht für das soeben ablaufende Jahr 1927 mit jerner brillanten Konjunktur, sondern für eine frühere Zeit, die zum Teil noch nie in das Krisenjahr 1925 zurückreicht. Daraus erschlägt man folgendes:

In dem Aufsatz behandelten rund 10 000 Aktiengesellschaften der verschiedenen Branchen beinahe 19 400 Millionen RM eigenes Kapital, außerdem hatten sie 2 200 Millionen RM langfristig und 19 500 Millionen RM kurzfristig aufgenommen. Unter den kurzfristigen Schulden standen natürlich auch die zufällig aus Bilanz noch nicht bezahlten laufenden Rechnungen der Lieferanten. Es ist also rechtlich hoch geprägt, wenn wir annehmen, daß sie insgesamt 40 Milliarden RM in ihren Betrieben angelegt hatten. Dieses Kapital hat, wenn man Gewinne und Verluste der einzelnen Gesellschaften gegeneinander aufstreckt, alles in allem einen Reingewinn von 520 Millionen RM erbracht. Eine Rechnung, die unmöglich stimmen kann, denn es sind 750 Millionen RM Dividende verteilt worden und die Dividende macht beläufig nur einen Teil des Reingewinns aus. Man müßte dann annehmen, daß unverantworlich große Beträge aus den Reserven entnommen sind, nur um Dividenden zu zahlen.

Legen wir die 750 Millionen zugrunde, so machen sie auf das Kapital von 40 Milliarden noch nicht einmal 2 Prozent aus, was rechtlich ausreicht. Indessen können wir getrost annehmen, daß höchstens die Hälfte des wirklichen Gewinns als Dividende erreicht. So kommen wir schon auf 1 500 Millionen. Und außerdem hat das gelehrte Kapital selbstverständlich vorher seine Zinsen bekommen. Rechnen wir diese mäßig mit durchschnittlich 6 Prozent auf jene 21 Milliarden Schulden, so betragen sie etwas über 1,25 Milliarden RM. Erst was nach Bezahlung dieser Zinsen übrigbleibt, erscheint als Reingewinn in der Bilanz. Wir gelangen somit zu dem Resultat, daß in dem



slechtesten Geschäftsjaahr 1925/26 das deutsche Kapital allermindestens 3 Milliarden RM als Profit in die Tasche gesteckt hat. (Allermindestens, denn unsere überall mäßig angenommenen Zahlen umfassen bei weitem nicht das gesamte deutsche Kapital, sondern nur jene 10 000 Aktiengesellschaften und erreichen bereits 2,75 Milliarden.) Wieder mag es in dem brillanten Jahr 1927 gewesen sein, über dessen berüchtigte Ergebnisse die bürgerliche Handelspresse schon jetzt, noch bevor das Jahr ganz zu Ende ist, in hellen Jubel ausbricht? War es doppelt soviel, oder dreifach oder viermal soviel? Wir wissen es nicht und werden es nie mit Genauigkeit erfahren. Wir liegen nur immer zu hören, daß heute die Landwirtschaft, morgen die Schwerindustrie, übermorgen die verarbeitenden Werke und so weiter Reihe um Reihe „Not leiden“ und unmöglich ihren Arbeitern anständige Löhne oder gar den Arbeitsschutzztag bewilligen können!

Was haben demgegenüber die Arbeiter von den Segnungen des Jahres 1927 abholen? Ein paar Zahlen sagen alles. Als im Oktober die Zahl der unterstürzten Arbeitslosen auf ein Drittel ihrer Höhe vom Februar gesunken war, betrug sie immer noch 340 000. Da nun jedoch der Bourgeois zugeben muß, daß dies nur höchstens die Hälfte der wirklich Arbeitslosen sind, so waren das 700 000, mit Angehörigen also etwa 2 Millionen Menschen, die unter der Arbeitslosigkeit litten. Und das war der günstigste Stand! Mitte November gab es schon wieder 605 000 Unterstürzte, also rund 1 200 000 Arbeitslose, also mit Angehörigen mindestens 3,5 Millionen Personen. Am Jahresende werden es noch viel mehr sein.

Was die Löhne betrifft, so betragen sie, laut Ausweis der amtlichen Statistik für

Gelernte: Ungelernte im Durchschn. beider im April 1926 ... 46 34 40 RM pro Woche

im Januar 1927 ... 46 34 40 RM pro Woche

im November 1927 ... 49 37 43 RM pro Woche

In der ersten Periode des Aufschwunges — der im Sommer 1926 begann — hat demnach das Kapital den Arbeitslohn überwunden nicht erhöht, im laufenden Jahre um ganze 3 RM pro Woche, was sich neben den Milliarden des Kapitalprofits geschändlich reich hält ausnimmt.

Aber selbst diese lumpigen 3 RM pro Woche sind den Preis der letzten durch Preissteigerung wieder weggenommen worden. Man weiß, daß der amtliche Lebenshaltungsindex die Entwicklung zu niedrig angibt. Aber selbst wenn man ihn zugrundelegt und danach die jeweilige reale Kaufkraft der Löhne errechnet, so betrug die

im Durchschn. für Gelernte und Ungelernte im April 1926 ... 28,50 RM pro Woche
im Januar 1927 ... 28,- RM pro Woche
im November 1927 ... 28,50 RM pro Woche

Der wirtschaftliche Teil der Arbeiter am Produktionsertrag ist demnach völlig unverändert geblieben; von jener beeindruckenden Vermehrung des Reichtums, die die gute Konjunktur, in Deutschland so gut wie in Amerika, über die Kapitalisten ausgegossen hat, ist den Arbeitern nichts zugestossen.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldammer, Dresden; für Lokales: Richard Spangler, Dresden. — Druck: „Neuwag“, Dresden.

Ja.“

„Wissen Sie, wer das ist?“

„Nein, ich lernte außer Ihnen noch niemand kennen.“

„Das ist Fräulein Ethel Lindsay, die junge Dame, die in die Mordbäfe von John Rawley verwandelt war. Die Ungeheuerlichkeit scheint ihre Gesundheit erschüttert zu haben; sie kam vor fünf Tagen her.“

Harvey betrachtete das junge Mädchen mit unverhohlem Interesse. Das also war Ethel Lindsay, die von der öffentlichen Meinung eine Zeitlang für Rawleys Mörderin gehalten worden war? Er sah vor sich ein schmales blaßes Gesicht mit leuchtenden schwarzen Augen, einen trockenen kleinen Mund; dunkelbraune Locken fielen in ein etwas niedrige weiße Stirn.

„Nicht wahr, sie sieht interessant aus?“ flüsterte der junge Henderson.

„Ja.“

„Leider verkehrt sie mit niemandem. Aber Sie haben Glück. Sie wohnen neben ihr. Vielleicht lernen Sie sie dennoch kennen. Dann müssen Sie mich ihr unbedingt vorstellen.“

Harvey verzog dies zu tun und griff nach einem Buch, um den geschwätzigen jungen Burschen zum Schweigen zu bringen.

Der erste Tag verging, ohne daß Harvey Gelegenheit gefunden hätte, sich in den von mittellosen Kranken bewohnten Flügel zu begeben. Dafür aber machte die Bekanntschaft Tom Barnaby und erwarb durch eine fünfdollarlnote die Sympathie dieses gottesfürchtigen Mannes.

Harvey hatte sich vorgenommen, seine Kindheit im Sanatorium kurz niederzuzeichnen; er vermeinte, darunter einen klaren Überblick zu erhalten und auch durch das geschriebene Werk Samuel Kagenstein leichter von der Grundlosigkeit seines Verdachtes überzeugen zu können. Abends schrieb er in das dazu bestimmte Heft:

„Dr. Brathford mißfällt mir, ich weiß selbst nicht warum; vielleicht habe ich mich instinktiv von Kagenstein beeinflussen lassen. Der Doktor hat ausgezeichnete Manieren, ist liebenswürdig und aufmerksam, scheint tatsächlich ein hervorragender geschickter Arzt zu sein; dennoch ist er mir unsympathisch. Ich muß mich gegen dieses von einem anderen in mir erwachte Urteil wehren. Eine Wahnsinnes ist eines der ansteckendsten Dinge, die es gibt.“

Meine Nachbarin scheint wirklich äußerst nervös zu sein; sie geht jetzt schon den ganzen Abend ununterbrochen in ihrem Zimmer auf und ab, spricht halblaut vor sich hin. Freilich hat das arme Geschöpf schwere Zeiten hinter sich; es ist begreiflich, daß es zusammengesunken ist.“ (Fortsetzung folgt.)

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(19. Fortsetzung.)

Unter diesen Briefen befand sich einer von Grace Mathers. Sie schrieb:

Lieber Freund,
ich habe mich von meiner Schwägerin überreden lassen, noch vierzehn Tage hier zu bleiben. Bitte, geben Sie trotzdem unserer Nachforschungen nicht auf. Die Tatfrage, daß der Mörder noch immer nicht von der gerechten Strafe ereilt wurde, solltet mich.

Gestern erhielt ich von meinem Rechtsanwalt die Nachricht, meine Scheidung sei ausgesprochen. Sie können sich denken, welche schmerzliche Gefühl dies in mir wachrief. Wäre die Scheidung vor einigen Monaten ausgesprochen worden, so lebte John vielleicht noch, oder der Mörder hätte uns beide getötet, und ich müßte nicht allein dieses qualvolle Leben weiterleben.

Schreiben Sie mir ein paar Zeilen.
Mit herzlichem Gruss

Ihre Grace Mathers.“

Harvey seufzte; diese Frau wird nie vergessen lernen, wie kann er hoffen, sie je für sich zu gewinnen? Und nun soll er sie vierzehn Tage lang nicht sehen! Wie eine Wölfe dehnten sich diese langen Tage vor ihm aus. Die Nachforschungen, — ihn deutete, sie würden nie zu einem Ergebnis führen. Raymond Mathers, auf dem sein Verdacht lastete, lag an einer Lungenerkrankung schwer erkrankt in einem Spital von Los Angeles, konnte nicht verhört werden. Bis zu seiner Genesung vermochte man nichts zu tun.

Womit soll er diese vierzehn Tage ausfüllen?
Ein interessanter Fall, es sah wie der Beginn von Verfolgungswahn aus. Jedenfalls muß er sein möglichstes tun, um den armen Alten von seiner Wahnsinnes zu helfen.

Gräßlich durchzuckte ein Gedanke seinen Kopf. Wie, wenn er selbst ins Sanatorium ginge, die Dinge dort mit eigenen Augen beobachte? Derart könnte er den Hausherren von der Unhaltbarkeit seines Verdachtes überzeugen. Eine glänzende Idee, dies

würde ihm auch über die Zeit hinweghelfen, da er Grace nicht sehen konnte.

Aber er darf nicht als Arzt ins Sanatorium kommen, Arzte sind immer unbeliebte Patienten; er muß unter einem anderen Namen hingehen.

Er lochte; es wird ganz unterhaltsend sein, ein wenig den Detektiv zu spielen, auch wenn er schon jetzt weiß, daß er nichts Bedeutsames entdecken wird, als vielleicht eine nachlässige, gewissenlose Pflegerin, auf deren Entlassung er dann dringen muß.

Wie gut, Dr. Brathford nicht kennt und daß er sich, zum Verdruß seines Vaters, stets geweigert hat, sein Bild in illustrierten Zeitungen erscheinen zu lassen.

Er sah sich an den Schreibstift und schrieb zwei Briefe, den einen an seinen Vater, in dem er ihm mitteilte, er reise zu einem Kongress nach Baltimore, den anderen an Samuel Kagenstein, des Inhalts, er wolle selbst im Sanatorium Beobachtungen anstellen. Falls er ihn zu sprechen wünsche, so solle er nach Herrn Abel Hardy aus St. Louis fragen.

Am Abend des gleichen Tages kam Herr Abel Hardy aus St. Louis im Sanatorium an und bezog ein geräumiges, schön möbliertes Edizimmer im Ostflügel des Gebäudes.

Der Harvey läßt sich äußerst nervös und überreizt war, fiel es ihm leicht, Dr. Brathford glauben zu machen, er leide an den Folgen eines Nervenzugs und wolle sich hier einige Wochen lang erholen, ehe er wieder an seine Geschäfte zurückgehe.

Sechtes Kapitel

Ein merkwürdiger Fall

Das Sanatorium war voll; Herr Abel Hardy aus St. Louis hatte das letzte freie Zimmer erhalten.

Es war ein herrlicher Sommertag, der Duft frisch gemähten Grases zog durch den großen Park. Auf der langen Säulenveranda lagen die „leichten Fälle“ in begrenzten Liegestühlen; einige lagen, andere saßen in die Luft, tücklich der Frauen beschäftigten sich mit leichteren Handarbeiten. Dr. Brathford liebte es, wenn sich seine Patienten so viel wie möglich in der frischen Luft aufzuhalten.

Harvey Word lag in einer Ecke, blieb träge in den großen Park hinaus. Sein Nachbar war ein junger Bursche aus Boston, der nach einem Examen zusammengebrochen war; nur hätte er sich bereits wieder erholt, fand das Stilllegen äußerst langweilig und versuchte immer wieder mit seinem schwierigen Nachbar ein Gespräch anzuknüpfen.

Bürgerkasino

Monat Januar (Anfang 16,30 Uhr):

Hans Kopfmüller mit seiner Münchener Bunten Bühne

Solis, Duette, Tanz, alle Posse und Schwänke
Süddeutscher Humor in Wort und Lied

Zum ersten Male in Dresden!

CAPITOL

Freitag

Ab Freitag:

Der Film der liebenden Spannung
Der Film d. überdichten Sensationen

HARRY PIEL

Der König der Sensations-Darsteller in der großen sensationellen Liebeskomödie

Sein größter Bluff

Ein echter, spannungsgeladener Sensationsfilm, durchzürstet von einem Witzel sich laufender Kreislauf

10 Akte! Spannung! Sensation! Humor und Tempol

Außerdem: Das reichhaltige Beloprogramm

Wenn's niemand macht! Oswald Machts!

Haupflager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Pilsnitzer Straße

Möbel

Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Ist Ihre Uhr krank?

Bringen Sie dieselbe zu
Uhrmacher

S. Hermann, Dresden-N.

Görlitzer Straße 30

der macht sie

gesund!

Restaurant zum Anker

Pirna Am Steinplatz

Beste Einkehrquelle für Arbeiter-Vereine

und Sporler

Sitzungszimmer steht zur Verfügung

Hochachtungsvoll

M. Jausch u. Frau

Jausch u. Frau